

Glanz und Elend der deutschen Geschichte 1991 bis 1999 Band 6

Der Werteverfall in der "vereinten" Bundesrepublik Deutschland

Band 6/124: 19.04.1999 – 18.10.1999

19.04.1999

BRD: Die Nienburger Tageszeitung "DIE HARKE" berichtet am 19. April 1999: >>>50jähriges Bestehen kein Grund zum Feiern

... Das 50jährige Bestehen der Landsmannschaften Schlesien und Sudetenland ist Anlaß zum Gedenken, aber kein Grund zum Feiern."

Mit diesem Satz faßte ... Friedrich Schmidt von der sudetendeutschen Landsmannschaft die Stimmung der Gedenkfeier ... in Worte. ... Er appellierte, das Unrecht der Vertreibung nicht in Vergessenheit geraten zu lassen. ... "Angesichts der täglichen Bilder aus dem Kosovo wird die Erinnerung an das eigene Schicksal wieder hellwach."

Eines wurde deutlich: Wichtigstes Anliegen der Landsmannschaften ist es, daß die Regierungen Polens und Tschechiens offiziell die Vertreibung der Deutschen als Unrecht anerkennen. "Eine Verständigung mit den östlichen Nachbarn darf keine Einbahnstraße sein.

Ehrlichkeit und Aufrichtigkeit sind die Voraussetzungen eines gemeinsamen Weges zu Frieden und Freiheit", betonte Heinz Menschik für die Landsmannschaft der Schlesier. Einig ist er sich mit Friedrich Schmidt in der Bewertung der Landsmannschaften: "Sie bewahren den Heimatgedanken über viele Jahre. Ohne sie wären Schlesien, Pommern, Ostpreußen und das Sudetenland in Vergessenheit geraten. ... "Die jungen Menschen wissen heute kaum noch etwas über die Ostgebiete. Es wird ja auch kaum noch darüber gesprochen."<<

Der nordamerikanische Völkerrechtler und Historiker Alfred M. de Zayas schreibt über das unsägliche Schicksal der deutschen Vertriebenen (x028/196): >>... Es wäre auch unmenschlich zu erwarten, daß die deutschen Vertriebenen einfach vergessen, was mit ihnen geschehen ist. Es gibt kaum einen Vertriebenen, der während der Vertreibung nicht einen nahen Angehörigen verloren hat, denn über zwei Millionen Menschen haben die Flucht und Vertreibung nicht überlebt. Auch wenn sich die Vertriebenen inzwischen ein neues Zuhause im Westen aufgebaut haben und ausdrücklich auf jede Form von Gewaltanwendung zur Rückgewinnung des ihnen entrissenen Landes verzichten, wünschen sie doch eine gewisse Anerkennung des Opfers, das sie bringen mußten.

Wer unter ihnen idealistisch denkt, hofft, das ihr Erlebnis als Beispiel wirken möge und anderen Völkern die Tragödie der Entwurzelung erspart bleibe. Denn wenn die Erfahrungen der deutschen Vertriebenen als Fallstudie und als Warnung vor künftigen Vertreibungen dienen sollen, müssen die Tatsachen allgemein bekannt werden.<<

22.04.1999

BRD: Der nordamerikanische Historiker Raul Hilberg (1926-2007) schreibt am 22. April 1999 in der "Süddeutschen Zeitung" über Daniel Goldhagens umstrittenes Buch "Hitlers willige Vollstrecker" (x268/61-62): >>>Historiker diesseits und jenseits des Atlantiks waren sich doch einig, daß Goldhagen einen Blödsinn geschrieben hat. ...<<

24.04.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. April 1999: >>"**Staatsmann des Jahrzehnts**"

Im Beisein von Staats- und Regierungschefs aus Mittel- und Osteuropa ist der ehemalige Bundeskanzler Helmut Kohl in New York als "Staatsmann des Jahrzehnts" geehrt worden. ... Der frühere US-Außenminister Henry Kissinger sagte, Kohl sei "die treibende Kraft der Einigung Europas" gewesen. ...

Dies war nicht die erste US-Ehrung für Kohl in dieser Woche: Präsident Bill Clinton hatte ihn zuvor mit der Freiheitsmedaille ausgezeichnet und ihm in Anspielung auf John F. Kennedys berühmtes Wort: "Ich bin ein Berliner" bescheinigt: "Du bist ein Amerikaner."<<

04.05.1999

BRD: Die "Frankfurter Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. Mai 1999 (x268/30): >>Zum ersten Mal ist in Deutschland ein Angeklagter rechtskräftig wegen Völkermordes verurteilt worden.

Der Bundesgerichtshof in Karlsruhe bestätigte im Ergebnis ein Urteil des Oberlandesgerichts Düsseldorf, das den bosnischen Serben Nicola Jorgic wegen der Ermordung von insgesamt 30 Menschen verurteilt hatte. ...

Der Bundesgerichtshof stellte klar, daß Völkermord nicht die Ausrottung einer ganzen Bevölkerungsgruppe voraussetze; das hatten die Verteidiger des Angeklagten behauptet. Die Richter hielten es vielmehr für maßgeblich, daß es Jorgic um die Vernichtung der nordbosnischen Muslime gegangen sei; auch das erfülle den Tatbestand des Völkermordes.

Danach ist ausreichend, wenn jemand in der Absicht, eine nationale, rassische, religiöse oder durch ihr Volkstum bestimmte Gruppe ganz oder teilweise zu zerstören, Mitglieder der Gruppe tötet, ihnen schwere Schäden zufügt oder die Gruppe unter Lebensbedingungen stellt, die geeignet sind, deren Zerstörung herbeizuführen.<<

15.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Mai 1999: >>**Ehemalige KZ-Häftlinge verklagen Dresdner Bank**

Rund 22.000 ehemalige polnische KZ-Häftlinge haben die Dresdner Bank auf 5,4 Milliarden Mark Entschädigung verklagt.

Sie verlangen Wiedergutmachung für ihre Gefangenschaft, erlittene Mißhandlungen und nicht bezahlte Zwangsarbeit. ...<<

18.05.1999

Niederlande: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Mai 1999: >>**Anti-deutsche Attacken häufen sich in Holland**

Touristenstadt Hoorn schockiert über Ausschreitungen

Ein "Sieg heil" prangt auf der Motorhaube. In den Lack eines Mercedes ist ein Hakenkreuz geritzt. Ein anderer Wagen mit SS-Runen besprüht. Antennen, Außenspiegel, Scheibenwischer sind bei vielen Autos abgerissen. 4 Wagen werden angezündet und brennen völlig aus. Insgesamt sind 14 Autos schwer beschädigt, 13 davon tragen deutsche Nummernschilder.

Das ist die traurige Bilanz antideutscher Ausschreitungen in dem nordniederländischen Städtchen Hoorn am IJsselmeer am vergangenen Wochenende. ...

... Fast jeden Sommer haben es Täter in den niederländischen Küstenstädten ausschließlich auf Autos mit deutschen Kennzeichen abgesehen. ...

"Ich finde diesen Vorfall schrecklich", sagte eine Sprecherin des niederländischen Büros für Tourismus. "Aber nicht alle Niederländer sind deutschfeindlich."

Viele Studien zeigen indes, daß sich in den Niederlanden Vorurteile gegenüber Deutschen hartnäckig halten. Besonders unter Jugendlichen gilt es oft als "cool", antideutsch zu sein. Viele meinen, Deutsche seien vor allem "kriegslüsternd" oder gar unverbesserliche Nazis. Ihr

Deutschland-Bild speist sich im wesentlichen aus der Darstellung schlechter Erfahrungen aus der Nazizeit.<<

22.05.1999

BRD: Der Schriftsteller Michael Kleeberg schreibt am 22. Mai 1999 in der Tageszeitung "Die Welt" über eine Deutschlandreise des französischen Schriftstellers Bernard-Henry Lévy (x268/23-24): >>Das Interessanteste war die Antwort Joschka Fischers (1998-2005 Bundesaußenminister) auf Lévy's Frage, was denn der Zement sei, der das heutige Deutschland zusammenhalte, der Urkonsens, der Anfangsmythos, so wie die Revolution von 1789 für Frankreich. Fischer antwortete, das sei, so seltsam es sich anhöre, für die Bundesrepublik wohl Auschwitz.

Es lohnt, eine Weile innezuhalten und zu überlegen, was ein solcher Satz bedeutet. Ein Staat, so scheint mir, der tatsächlich auf Auschwitz beruht, kann nur eine Finalität haben, nämlich zu verschwinden.

Die Chiffre Auschwitz kann vieles bedeuten, eines jedoch nicht: eine Konstruktionsvorlage. Ein Staat Deutschland, der statt auf den Toten seiner Revolution auf den Leichen der von seinen Vätern Vergasteten ruhte, dessen einzige Aufgabe wäre es, sich selbst und seinen Namen abzuwickeln. ...<<

Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 22. Mai 1999 (x887/...): >>**Die unbewältigte Vergangenheit**

Heinz Nawratils "Schwarzbuch der Vertreibung" schließt eine peinliche Wissenslücke der Deutschen

Obwohl hierzulande gleichsam eine Erinnerungswelle der anderen auf dem Fuße folgt, klafft doch bei den meisten deutschen Zeitgenossen über ein bestimmtes geschichtliches Ereignis eine schier unglaubliche Kenntnislücke: über die Vertreibung von über 15 Millionen Landsleuten zwischen 1945 und 1947. Die dabei zu Tode gekommenen Millionen finden auch nur selten historiographische Würdigung und verschwinden immer mehr in der Summe der "Opfer von Krieg und Verfolgung", der man pauschal am Volkstrauertag gedenkt.

Die staatlichen politischen Treuhänder zeigen nicht nur Desinteresse an solcher Vergangenheitspflege, sie koppeln diesen geschichtlichen Zeitraum geradezu von der Gegenwart ab und ziehen den ansonsten streng verpönten "Schlußstrich".

Gegen solche Geschichtsvergessenheit und nationale Indifferenz stellt sich das hier anzudeutende Buch von Heinz Nawratil; ein fast hoffnungsloses Unterfangen, möchte man meinen. Der Autor, renommierter Jurist sudetendeutscher Herkunft und durch profunde zeitgeschichtliche Arbeiten in der Fachwelt anerkannt, bringt das Kunststück fertig, diese Herkulesaufgabe zu bewältigen. Klug bereitet er den Stoff auf und gliedert das "letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit", wie er die Deutschen-Vertreibung nach Kriegsende zutreffend nennt, in drei Hauptteile: "Tatbestand", "Motive" und "Bewältigung".

Die Vertreibung geschah nach jahrhundertelanger Nachbarschaft in Mittel- und Osteuropa und hehren Versicherungen der Alliierten vor der Welt, daß die "Umsiedlung der deutschen Bevölkerung" in "humaner Weise" durchgeführt werde. Massendeportationen, blutige Ausschreitungen und Todesmärsche waren die Wirklichkeit und bestimmten das Geschehen zwischen Ostpreußen und der Batschka.

Was die Sieger nachmalig vor ihrem Nürnberger Tribunal als Verbrechen anprangerten und hart bestrafen, begingen Angehörige ihrer Verbündeten zur gleichen Zeit an den wehrlosen Deutschen auf dem Balkan, in der Tschechoslowakei und jenseits von Oder und westlicher Neiße. Die Namen Nemmersdorf, Lamsdorf, Aussig, Brünn und Kikinda sind den Überlebenden Synonyme für grauenhafte Untaten - den nachgeborenen Zeitgenossen für gewöhnlich aber nicht einmal als geographische Orte ein Begriff. Nawratil ruft sie in Gestalt von dokumentierten Berichten in Erinnerung und überläßt es der Seelenkraft des Lesers, sich die ge-

schilderten Scheußlichkeiten bis zum Ende zu vergegenwärtigen. Die Dokumente 12 bis 15 a stehen für diese Singularität im besonderen Maße.

Daß sich der Autor aber in solchen Schilderungen nicht erschöpft, sondern um die Aufhellung der Motive müht, merkt man nach jedem seiner wiedergegebenen Berichte. Auch widerstrebt es ihm, durch die Beschreibung menschlicher Sadismen Eindruck zu machen.

Schon gar nicht will er mit seinem "Schwarzbuch" irgendein Land anschwärzen oder bestimmte Völker stigmatisieren - der öffentliche Umgang mit und unter seinen Landsleuten ist ihm ein warnendes Beispiel - vielmehr geht es ihm erklärtermaßen darum, durch die dokumentierte Vergegenwärtigung der Deutschen-Vertreibung das folgenschwere Fehlverhalten der damals Verantwortlichen aufzuzeigen und zugleich deutlich zu machen, daß ein "Schlußstrich" unter dieses "letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit" nur weitere Gewaltpolitiker dazu verführen muß, ethnische Probleme ähnlich blutig zu lösen. Eine Sorge, die durch die jüngsten Vorgänge auf dem Balkan mehr als berechtigt erscheint und keine opportunistische Abkehr von diesem Zeitabschnitt der jüngsten Geschichte duldet.

Heinz Nawratil trieb noch ein weiteres Anliegen ans Schreibpult. Er verdeutlicht es mittelbar durch die Wiedergabe erschütternder Tagebuchnotizen des Geistlichen eines kommunistischen Konzentrationslagers. Diese überliefern nach dem Eintrag des 4.500. Todesfalles, daß die auf den Gräbern der umgekommenen Deutschen aufgestellten Kreuze herausgerissen und zum Brennholz geworfen und die Grabhügel dem Erdboden gleichgemacht worden seien. In diesem pietätlosen Tun eine Parallele zum verbreiteten Verdrängen der Deutschen-Vertreibung erblickend, möchte er mit seinem Buch "dazu beitragen, die Grabkreuze wieder aufzurichten und den Toten endlich die verdiente letzte Ehre zu erweisen".

Nawratil geht den Ursachen für das große Informationsdefizit nach, das hierzulande - immerhin das Land der Opfer! - über die Vertreibung von über 15 Millionen Deutschen herrscht. Er stößt dabei auf unterschiedliche Gründe und Umstände. Sie reichen vom öffentlichen Desinteresse der deutschen Massenmedien bis zu offiziellen Distanzierungen der politischen Gewaltenträger von der moralisch-rechtlichen Aufarbeitung der Vertreibungsverbrechen.

Heinz Nawratil führt deprimierende Beispiele für diese entsolidarisierenden Nachlässigkeiten der Regierenden an; etwa die Ablehnung von amtlicher Rechtshilfe bei der Verfolgung vom Vertreibungsverbrechen oder die jahrelange Nichtveröffentlichung einer einschlägigen Dokumentation des Bundesarchivs. Neuerdings wäre - gleichsam als Gipfel solcher Obhutsverletzung - noch die jüngste "Schlußstrich"-Bemerkung des amtierenden Bundeskanzlers hinzugekommen und hätte das Maß der Vernachlässigungen voll gemacht.

Denn mit der Erklärung, daß die "aktuellen gegenseitigen Beziehungen nicht durch Forderungen aus der Vergangenheit belastet werden" sollen, läßt man die Vertriebenen mit dem Verlangen nach Wiedergutmachung des ihnen angetanen Unrechts allein stehen. Private Klagen um Erstattung des konfiszierten Eigentums stünden den Vertriebenen schließlich frei, sucht man sich nachträglich von Schuld freizusprechen. Als ob man nicht wüßte, daß Prag die totale Enteignung der Sudetendeutschen als "legitimen Akt" betrachtet und mit der deutschen "Kollektivverantwortung" begründet. Und das alles vor dem Hintergrund der vielgepriesenen "Deutsch-tschechischen Versöhnungserklärung" von 1997/98, in welcher die deutsche Seite die tschechische "Rechtsauffassung" ausdrücklich "respektiert".

Der promovierte Jurist Nawratil nimmt auf diese Tatsachen und Unzumutbarkeiten Bezug und weist mit bitterer Ironie auf die Tatsache hin, "daß sich zur gleichen Zeit in Den Haag Serben vor Gericht verantworten müssen, die 1992 bis 1995 in Bosnien Gleiches getan haben wie viele Tschechen 1945 und 1946 in Böhmen", um mit dem biblischen Spruch zu kommentieren: "Zweierlei Gewicht und zweierlei Maß, beides ist dem Herrn ein Greuel".

Bei solcherlei "Aufarbeitung" der Geschichte verwundert es nicht, daß man mit Nawratil die Deutschen-Vertreibung auch über 50 Jahre danach noch einen "unbekannten Völkermord"

nennen muß.

Auf der Spurensuche nach den Hintergründen derartiger geschichtlicher Selbstvergessenheit der Deutschen fördert der Autor so manche Besonderheit zutage, die der Zeitgenosse fast nur hierzulande antreffen konnte. Sie beginnen bei der Ausnahme-Situation der totalen Niederlage 1945 und reichen bis zur nationalen Verinnerlichung schier aller erhobenen Anklagen und Schuldzuweisungen der einstigen Gegner. Sie gehen mittlerweile so weit, daß man sogar Ausländer zurechtweist, wenn sie die Deutschen von einem übertriebenen Schuldkomplex lösen wollen. Nawratil erinnert in diesem Zusammenhang an US-Präsident Reagans Ermunterung an die Deutschen, sich nicht von Kollektivschuldttönen niederdrücken zu lassen, zumal sich "die Mehrheit nicht mehr an den Weltkrieg entsinnen könne".

Prompt fuhr ihm ein leitender Bediensteter des "Deutschen Informationszentrums" über den Mund und spielte den Appell Reagans mit der Bemerkung herunter, "der Präsident habe sich von Emotionen hinreißen lassen". Als ob der amerikanische Staatschef eines deutschen Vormunds bedurft und nicht gewußt hätte, was er gesagt habe. Deutsche Reaktionen auf ausländische Fairneß, die für viele krankhaft starre Züge annehmen. Im britischen Oberhaus sprach man angesichts solchen Verhaltens der Deutschen von der "Sucht, sich in Selbstbeschuldigungen zu suhlen".

Die gerade laufende Fernsehserie über "Unser Jahrhundert" liefert geradezu ein Paradebeispiel für diesen absonderlichen Hang zur nationalen Selbstbeziehung. Dächte man noch in überholten Propaganda-Kategorien, hätten sich die einstigen Kriegsgegner keine besseren Exkulpatoren für ihre Fehler und Kriegsrechtsverletzungen wünschen können.

Da wurde selbst der Terrorangriff auf Dresden zur menschenfreundlichen "Kriegsverkürzungsaktion" und erschien die ausgebombte Zivilbevölkerung am Schluß fast selbst schuld am erlittenen Schicksal. Nawratil macht einen "Wegbegleiter" dieser wunderlichen "Vergangenheitsbewältiger" aus, die auch die Nachkriegsverbrechen noch dem Volk der Opfer zurechnen: den Redner zum 8. Mai 1985, der seinen Landsleuten am 40. Jahrestag des Kriegsendes klar machte: "... wir dürfen nicht im Ende des Krieges die Ursache für Flucht, Vertreibung und Unfreiheit sehen. Sie liegt vielmehr in seinem Anfang und im Beginn jeder Gewaltherrschaft, die zum Kriege führte."

Der Autor konstatiert scharfsichtig, daß diese Geschichtsdeutung ganz bestimmten Ideologen hierzulande auffallend gut gefiel und als epochale Erkenntnis alsbald kanonisiert wurde. Daß der damalige bayerische Ministerpräsident Strauß eine ungleich bemerkenswertere Rede zum gleichen Anlaß hielt, ging im allgemeinen Zeitgeiststrom unter.

Bleibt die Frage, ob es gleichsam "deutsches Schicksal" ist, Zerknirschungsmentalität zu haben und jede politische Chance als von vornherein verbotene Versuchung ablehnen zu müssen.

Heinz Nawratil greift sie in seinem abschließenden "Ausblick" auf und exemplifiziert seine Antwort an Schicksal und gebotenen Möglichkeiten Ostpreußens, die sich in den frühen neunziger Jahren erschlossen hatten. Da stand nach seinen Informationen der Rückkauf des nördlichen Ostpreußens für Deutschland im Bereich des Machbaren; und zwar gegen eine "Summe in doppelter Höhe des späteren deutschen Golfkriegsbeitrags".

Nawratils Bilanz: "Der Rückkauf Ostpreußens hätte niemandem geschadet und allen Beteiligten genützt", nämlich: "Bonn spart gewaltige Summen für die Aufnahme der rußlanddeutschen Spätaussiedler; Moskau erhält die willkommene Soforthilfe; die Rußlanddeutschen bekommen wieder eine lebenswerte Umwelt und die überfällige Wiedergutmachung; den vertriebenen Ostpreußen wird ihr Opferstatus bescheinigt, und sie haben die Chance, im Land ihrer Väter beim Aufbau mitzuhelfen; die Balten gewinnen an Sicherheit; die Deutschen gewinnen die kostbarste Ressource, die ein Volk hat, nämlich Grund und Boden und: die Welt sieht an diesem Beispiel, daß Völkervertreibung und Völkermord nicht das letzte Wort der

Geschichte sein müssen."

Bekanntlich wurde nichts daraus, und die Akten darüber sind noch unter Verschuß. Die damals agierenden Verantwortungsträger leben noch und könnten Licht in das Dunkel der Mutmaßungen bringen. Man darf gespannt sein, ob sie es tun werden.

Der wahrheitsgetreuen Erhellung der Vergangenheit wegen wäre es sehr zu wünschen; auch um den möglichen Preis eines politischen Eingeständnisses, auf daß sich nicht ein weiteres Mal eines von Parkinsons Gesetzen erfüllt, nach dem sich "ein Vakuum, geschaffen durch fehlende Kommunikation, in kürzester Zeit mit falscher Darstellung und Gerücht füllt".

Heinz Nawratil tat sein Bestes, dieses Gesetz mit seinem "Schwarzbuch" außer Kraft zu setzen. Es liegt jetzt an den Zeitgenossen, die ihnen damit gebotene Gelegenheit einer ehrlichen Aufarbeitung der Vergangenheit zu nutzen und nach dem Buch zu greifen. ...

Heinz Nawratil: "Schwarzbuch der Vertreibung 1945 bis 1948. Das letzte Kapitel unbewältigter Vergangenheit", ... München 1999 ...<<

23.05.1999

BRD: Der SPD-Politiker Johannes Rau (1931-2006) wird am 23. Mai 1999 zum Bundespräsidenten gewählt.

25.05.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 25. Mai 1999: >>**Stoiber unterstützt die Sudetendeutschen**

Der bayerische Ministerpräsident Edmund Stoiber hat Bundeskanzler Gerhard Schröder wegen dessen Haltung zu den Sudetendeutschen heftig kritisiert.

Auf dem 50. Sudetendeutschen Tag in Nürnberg sagte der CSU-Vorsitzende am Pfingstwochende: "Noch nie in der deutschen Nachkriegsgeschichte ist ein Bundeskanzler so leichtfertig mit dem Anliegen von Millionen Menschen umgegangen."

Der Sprecher der Volksgruppe, Franz Neubauer verlangte: "Wer die Vertreibung im Kosovo ächtet, muß auch die Vertreibung der Sudetendeutschen verurteilen". ...<<

29.05.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 29. Mai 1999 (x887/...): >>**Jugoslawien: Der verdrängte Völkermord**

Um ihr verzerrtes Bild von den deutschen Heimatvertriebenen nicht korrigieren zu müssen, ziehen Politiker und Medienmacher zur Vertreibung der Kosovo-Albaner alle möglichen hinkenden Vergleiche aus der Geschichte heran - nur nicht das grausige Schicksal der Deutschen aus Jugoslawien. Auch eine jüngst erschienene Dokumentation der schrecklichen Ereignisse von 1944 bis 1948 wird mit Nichtachtung gestraft.

Die Donauschwäbische Kulturstiftung in München hat ein Taschenbuch über den Völkermord an den Deutschen im früheren Jugoslawien herausgebracht, das am Donnerstag (6. Mai) in der Parlamentarischen Gesellschaft in Bonn der Öffentlichkeit vorgestellt wurde.

Es ist die Kurzfassung des vierbändigen Werkes, das auf Tausenden von Zeitzeugenberichten der Menschen fußt, die als deutsche Bürger des vormaligen Königreichs Jugoslawien besonders ab Herbst 1944 den Verfolgungen durch das kommunistische Tito-Regime ausgesetzt waren.

Sie konnten den Erschießungen entrinnen und haben die Lagerinternierung und die Vertreibung überlebt. Diese Dokumentation ist das Gemeinschaftswerk zweier Generationen Heimatvertriebener und schildert den von der damaligen Weltöffentlichkeit und der Publizistik der Gegenwart kaum beachteten Vorgang des Völkermordes an den Deutschen in seiner historischen und ethischen, aber auch völker- und menschenrechtlichen Dimension:

- Massenerschießungen und Vergewaltigungen,
- Beraubung von Hab und Gut,
- Austreibung aus den Häusern, Einlieferung in Vernichtungs- und Arbeitslager,

- die von den Schergen der kommunistischen Machthaber individuell ausgeübte Grausamkeit,
- das bewußt betriebene Sterbenlassen durch Hunger und Seuchen, die zum Tod fast aller be-
tagten Menschen und Tausender von Kindern führten,
- schließlich die versuchte und teilweise vollzogene Slawisierung der überlebenden Kinder.

Opfer der Verbrechen wurden die Angehörigen der in Jugoslawien lebenden Volksgruppe deutscher Muttersprache: Donauschwaben, Deutsch-Untersteirer und Gottscheer.

Die Donauschwaben stammen von jenen Siedlern, die die habsburgischen Kaiser nach der Befreiung Ungarns von der Türkenherrschaft im pannonischen Becken zwischen 1689 und 1787 ansiedelten. Es gelang den Kolonisten, aus den verödeten Gebieten die Kornkammer der Donaumonarchie zu schaffen. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die rund 1,5 Millionen Seelen zählende Volksgruppe zu etwa je einem Drittel auf die Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt.

Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges befand sich von den 510.000 Donauschwaben Jugoslawiens ein Teil beim Militär, ein großer Teil war vor der herannahenden Front geflüchtet oder evakuiert worden. Rund 195.000 blieben zu Hause und gerieten unter das Partisanenregime. Durch Erschießungen, Deportation in die Sowjetunion sowie Internierung in Arbeits- und Vernichtungslagern kamen rund 60 000 Zivilpersonen ums Leben. Die Überlebenden fanden hauptsächlich in Deutschland und Österreich eine neue Heimat.

Die Deutsch-Untersteirer sind die deutschsprachigen Bewohner der Untersteiermark, eines Gebietes, das über 770 Jahre lang ein Teil des Herzogtums Steiermark war. Sie zählten 1910 74.000 Seelen. Die Untersteiermark wurde durch das Friedensdiktat von Saint-Germain im Jahre 1919 Jugoslawien zugesprochen und zu einem Teil Sloweniens gemacht. Viele Untersteirer optierten hierauf für Österreich, andere wanderten notgedrungen ab. Zu Ende des Zweiten Weltkrieges ereilte auch die über 20.000 in ihrer alten Heimat verbliebenen Deutsch-Untersteirer die Katastrophe.

Im Krieg gefallen, von den Tito-Partisanen erschossen oder in eines der slowenischen Vernichtungslager verbracht, gingen fast 6.000 von ihnen zugrunde. Die Überlebenden fanden zu 90 Prozent in Österreich eine neue Heimat.

Die Gottscheer: Das Schicksal der 1939 rund 13.000 Bewohner der in Krain liegenden und über 500 Jahre bestehenden deutschen Sprachinsel Gottschee gleicht dem der Deutsch-Untersteirer. Sie beklagen rund 1.000 Zivil- und Militärtote.

Die Lagerinternierung begann im wesentlichen im Herbst 1944. Die "ethnische Säuberung" Jugoslawiens von seiner deutschen Volksgruppe war indes schon spätestens seit der Konferenz des Antifaschistischen Rates der Volksbefreiung Jugoslawiens (AVNOJ) von Jajce (Bosnien, November 1943) in Aussicht genommen worden.

Der AVNOJ fungierte als eine Art provisorische Volksvertretung der kommunistischen Partisanenbewegung, die unter der Führung von Josip Broz, genannt Tito, dem langjährigen Nachkriegsstaatschef Jugoslawiens, stand. Den formellen Beschluß zur entschädigungslosen Enteignung aller in Jugoslawien lebenden Bürger deutscher Abstammung erließ der AVNOJ am 21. November 1944 in Belgrad. Er erklärte diese Bürger Jugoslawiens in einem außergerichtlichen Verfahren (so die juristische Sprachregelung) kollektiv zu Volksfeinden, die zwar nicht ihre Staatsbürgerschaft, wohl aber alle staatsbürgerlichen Rechte verloren. Es lag in der Logik dieser Entrechtung, daß sie die Errichtung von Internierungslagern für die Bürger deutscher Muttersprache erfordern würde.

Erschießungsaktionen begleiteten das Martyrium der angestammten deutschen Bevölkerung Jugoslawiens. Nach Beginn der Besetzung im Oktober 1944 im Banat bis zum Kriegsende vollzogen lokale kommunistische Instanzen, die Staatspolizei (OZNA) und eigene Partisanen-Kommandos ("Aktion Intelligenzija") Erschießungen bzw. grausame Tötungen führender und wohlhabender deutscher Bürger im Alter von 16 bis 60 Jahren. Diese Aktionen forderten zwi-

schen Oktober 1944 und Juni 1945 rund 9.500 Opfer - die erste Station des Völkermords.

Ab Oktober 1944 setzte dann die Internierung der Donauschwaben und bei Kriegsende auch jene der Untersteirer und Gottscheer ein. Bis August 1945 waren alle Orte von ihren deutschen Bewohnern "gesäubert". Nur jene blieben von Internierung und Vermögensverlust verschont, die in Ehen mit Andersnationalen lebten oder zu den wenigen gehörten, die auf Seiten der Partisanen gestanden oder gekämpft hatten.

Deportationen in die Sowjetunion folgten. Bevor indes die Einweisung in die Lager vollzogen war, wurden entsprechend einer Forderung Stalins von den Partisanen zu Weihnachten 1944 8.000 donauschwäbische Frauen und 4.000 Männer aus dem Banat und der Batschka in die Sowjetunion (die meisten ins Donez-Becken) deportiert, wo sie hauptsächlich in den Kohlenruben arbeiten mußten. Bis 1949 starben von ihnen an Unterernährung und Krankheiten mindestens 2.000 - die zweite Station des Völkermords. Unmittelbar nach Kriegsende setzten bestialische Racheaktionen der kommunistischen Partisanen Titos an den kroatischen, slowenischen und deutschen Kriegsgefangenen ein, dies vor allem im Raum Slowenien.

Man schätzt die Zahl der Ermordeten auf 100.000. Im Zuge dieser blindwütigen Rache und in weiterer Folge sind allein annähernd 5.000 donauschwäbische Kriegsgefangene umgekommen. Etwa 2.000 Mann der Division Prinz Eugen wurden als wehrlose Kriegsgefangene nach der allgemeinen Kapitulation bei Rann (slowenisch = Brezice) erschossen - im Widerspruch zu den internationalen Konventionen, die die Erschießung von Kriegsgefangenen verbieten - die dritte Station des Völkermords.

Die "Neukolonisierung" der Wojwodina durch Serben aus der Krajina, Lika sowie aus Bosnien und Montenegro entsprach dem Wunschdenken großserbischer Nationalisten wie auch dem der national orientierten Tschetniks, lag aber vor allem im Interesse der kommunistischen Ideologen. Die Neuaufteilung des konfiszierten Bodens der Deutschen - er umfaßte allein in der Wojwodina das Zweieinhalbfache der Fläche Luxemburgs - ermöglichte nämlich die Errichtung der vorgesehenen Kolchoswirtschaft und diente auch der gezielten Durchsetzung der multiethnischen Stammbevölkerung der Wojwodina mit parteitreuen Kommunisten.

Im Zuge der vollkommenen Beseitigung der Deutschen in Jugoslawien sah das kommunistische Regime drei Arten von Lagern für die Deutschen vor: In fast jedem der Orte mit mehr als 200 bis 300 deutschen Bewohnern wurde ein Arbeitslager eingerichtet, um die anfallenden landwirtschaftlichen und industriellen Arbeiten ab Spätherbst 1944 ausführen zu lassen. Meist räumten die Behörden hierfür einzelne Häuser oder Schulen und belegten die Gebäude mit arbeitsfähigen, vorwiegend ortsansässigen Donauschwaben.

Die zweite Art von Lagern bildeten ab Oktober 1945 die "Zentralen Zivillager" auf Bezirksebene. In der Regel hatte ein jeder politische Bezirk sein Zentrales Zivillager. Ihre Zahl belief sich allein in der Wojwodina auf etwa 22. Von diesen aus beschickte man die lokalen Arbeitslager, aber auch Lazarette der Roten Armee u.ä. mit Arbeitskräften. Ab Frühjahr 1946 konnten sich einheimische Slawen oder Magyaren aus diesen Lagern für einen bestimmten Tarif Arbeitskräfte "herauskaufen".

Die dritte Art von Lagern bildeten die "Lager mit Sonderstatus". So hießen nach offizieller Version die Vernichtungslager.

Die Vernichtungslager bildeten die vierte Station des Völkermords. Es gab zehn. Sechs befanden sich in der Wojwodina, zwei in Slawonien und zwei in Slowenien. Im Banat waren es Rudolfsgnad (Knicanin) und Molidorf (Molin) in der Batschka Jarek, Gakovo und Krusevlje, in Syrmien die Seidenfabrik in Svenska Mitrovica und in Slawonien Kerndia und Valpovo.

Hier wurden die Alten, Kranken, Kinder und Mütter mit Kleinkindern (unter zwei Jahren) konzentriert. Aus der Vorgangsweise der Lagerführungen, dem Verhalten der Wachen und Verwalter wird ersichtlich, daß sie als Vernichtungslager konzipiert waren. Lagerleute sprachen denn auch bald ohne Umschweife von "Todeslagern", "Hungerlagern" oder eben "Ver-

nichtungslagern".

Die Lager Sterntal bei Pettau und Tüchern bei Cilli, beide in der Untersteiermark bzw. Slowenien gelegen, waren Vernichtungslager für slowenische und kroatische Soldaten, die auf deutscher Seite gekämpft hatten, für slowenische "Klassenfeinde" sowie allgemein für Gottscheer und Deutsch-Untersteirer.

Zwischen Herbst 1946 und Herbst 1947 herrschte eine allem Anschein nach bewußt gehandhabte schwächere Bewachung, so daß in dieser Zeit 30.000 bis 35.000 Lagerinsassen nach Ungarn oder Rumänien entkommen und von hier weiter nach Österreich und Deutschland flüchten konnten. Das Jahr 1947 kann, gemessen an der Zahl der Flüchtlinge aus Jugoslawien, als Hauptfluchtjahr angesehen werden.

Die beiden slowenischen Vernichtungslager Sterntal und Tüchern sowie die beiden kroatischen, Kerndia und Valpovo, wurden etwa ein Jahr nach Kriegsende aufgelöst, Reste der Insassen nach Österreich oder in die Wojwodina verlegt. In der Wojwodina wurde Jarek ein Jahr nach Kriegsende geschlossen, die Insassen wurden nach Kruschiwl transferiert. Syrmisch Mitrowitz und Molidorf schlossen die Jugoslawen genau zwei Jahre nach Kriegsende (Anfang Januar 1948) und verbrachten ihre Insassen nach Rudolfsgnad. Das größte Vernichtungslager war demnach auch das letzte. Mit dem 1. März 1948, also erst knapp drei Jahre nach Kriegsende, löste Belgrad die Lager offiziell auf.

In Rudolfsgnad folgte nach dem Schrecken der Lager für die überlebenden Deutschen eine für drei Jahre verpflichtende Einweisung in "Vertragliche Arbeitsverhältnisse" außerhalb der angestammten Heimatorte.

Bilanz eines Massenverbrechens: Von den nahezu 200.000 in ihrer Heimat verbliebenen deutschen Zivilpersonen Jugoslawiens waren 170.000 in den Lagern interniert. Von ihnen gingen von November 1944 bis März 1948 51.000 durch Mißhandlungen und Hunger sowie an Typhus und Ruhr zugrunde, unter ihnen 6.000 Kinder unter 14 Jahren.

Zählt man den 51.000 Lageropfern die zwischen Juli 1941 und Oktober 1944 durch Partisanenüberfälle ermordeten 1.500 Zivilisten, ferner die durch Erschießungsaktionen zwischen Oktober 1944 und Juni 1945 umgekommenen 9.500 Zivilisten sowie die 2.000 Opfer der Deportation in die UdSSR hinzu, so kommt man auf eine Verlustzahl von 64.000 zugrunde gerichteten jugoslawiendeutschen Zivilisten (Mindestzahl). Jeder/jede Dritte der in seiner/ihrer Heimat verbliebenen Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer verlor demnach zwischen 1944 und 1948 sein/ihr Leben. Die Tatsache, daß hier ein Völkermord verübt wurde, steht somit außer Zweifel.

Zu den 64.000 Zivilisten kommen 28.000 tote Soldaten. Insgesamt beklagen die Jugoslawiendeutschen mehr als 92.000 Tote. Die Zahlen sind indes als Untergrenzen anzusehen. Die Opfer sind zu 70 Prozent namentlich ermittelt, das sind rund 66.000 Namen. Sie sind in den Totenbüchern der Donauschwaben (Leidensweg ... Band IV) der Untersteirer und Gottscheer dokumentiert.

Historische Untersuchungen sprechen von sieben Teilursachen, die insgesamt für die Eliminierung der Deutschen/Altösterreicher aus Jugoslawien bestimmend wurden:

1. Großserbische nationale Kreise waren bestrebt, den Boden, auf dem Serben leben, zu "nationalisieren", was besonders die Wohngebiete der Donauschwaben betraf.
2. Die von der kommunistischen Ideologie geforderte Kollektivwirtschaft brauchte Grund und Boden der Donauschwaben, Untersteirer und Gottscheer.
3. Die Notwendigkeit der Stabilisierung der Macht der Kommunisten, wobei sich der Terror an den Volksdeutschen als öffentlich wirksam erwies und ihre Vernichtung die Errichtung der kommunistischen Gesellschaftsordnung wesentlich erleichterte.
4. Die Belohnung der aktiven Partisanenkämpfer aus den kargen Gebieten, hauptsächlich der Krajina und Lika, mit fruchtbarem Boden und guten Häusern.

5. Der Neid ob der im Verhältnis zu den übrigen ländlichen Vorteilen Jugoslawiens alles in allem größeren materiellen Wohlhabenheit des deutschsprachigen Bevölkerungsteils.

6. Die Haß- und Rachegefühle gegen den deutschsprachigen Bevölkerungsteil, weil dessen wehrfähige Männer zum Großteil in deutschen Verbänden gekämpft hatten.

7. Die Beispielwirkung, die von den Alliierten und besonders Stalin ausging, die Vertreibung der Deutschen aus Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und aus den deutschen Gebieten östlich der Oder-Neiße-Linie zu betreiben oder zu tolerieren.

Das diesem Beitrag zugrunde liegende Buch "Verbrechen an den Deutschen in Jugoslawien 1944-48 - Die Stationen eines Völkermords" kann außer über den Buchhandel bei der Donauschwäbischen Kulturstiftung ... bestellt werden.

Dr. Wildmann/Stratmann (DOD) ...<<

19.06.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 19. Juni 1999 (x887/...):

>>"**Auge um Auge, Zahn um Zahn**"

Kriegsverbrechen an Deutschen ist nun auch für die Medien ein Thema

Der Krieg im Kosovo sorgt dafür, daß sich vermehrt auch die deutschen Medien eines Themas erinnern, das für viele Jahre im deutschen Fernsehen umgangen wurde - der Vertreibung der Deutschen aus dem Osten.

Nun hat sich die ZDF-Sendung "Frontal" dieses Themas angenommen. Berichtet wurde über ein besonders "schwieriges Thema" (Ulrich Kienzle). Viele Tausende Deutsche waren seit 1945 in polnischen Todeslagern umgekommen oder ermordet worden. Als einen solchen Fall stellte ZDF-Moderator Kienzle den Fall Salomon Morel vor. Dieser war vom 2. Februar bis Ende November 1945 Kommandant des früheren Außenlagers Schwientochlowitz des Konzentrationslagers Auschwitz.

Morels Eltern stammten aus dem polnischen Dorf Garbów. Er war zwanzig, als 1939 die Deutschen einmarschierten. Polnische Kollaborateure verhafteten in der Weihnachtswoche 1942 seine Eltern und seinen Bruder. Da sie nicht preisgeben wollten, wo ihr Sohn Salomon sich aufhielt, wurden sie von ihnen ermordet. Morel schloß sich daraufhin einer Partisanengruppe an, die sich vor allem im Gebiet von Lublin aufhielt.

Über das Todeslager von Schwientochlowitz hatte 1993 der amerikanische Journalist John Sack in einem aufsehenerregenden Buch berichtet. Als sein Buch ein Jahr später im angesehenen Piper Verlag in deutscher Übersetzung erscheinen sollte, wurde der Verlag derart unter Druck gesetzt, daß dieser schließlich die bereits gedruckte Erstauflage einstampfen ließ. Ihm war vorgeworfen worden, "ein braunes Pamphlet voller sadistischer Phantasien" zu publizieren. Analysen durch Historiker sowie Untersuchungen der polnischen Staatsanwaltschaft bestätigten jedoch, daß die Darstellungen Sacks absolut korrekt waren. Erst im Jahr 1995 konnte das Buch unter dem Titel "Auge um Auge - Die Geschichte von Juden, die Rache für den Holocaust suchten" leicht gekürzt im Hamburger Kabel-Verlag erscheinen.

Morel wird seit dem 4. März 1997 mit Haftbefehl von der Interpol, der Bezirksstaatsanwaltschaft von Kattowitz und der Generalstaatsanwaltschaft in Dortmund gesucht. In dem Haftbefehl heißt es, Morel habe als Mitglied der polnischen Geheimpolizei UB zusammen mit seinen Helfershelfern in Schwientochlowitz wenigstens 1.538 Menschen ermordet. Die meisten von ihnen Jugendliche, Frauen und Greise. Sie wurden ermordet, weil sie Deutsche waren oder für Deutsche gehalten wurden. Die Lagerinsassen seien vor allem durch Schläge, zugefügte Verletzungen, Erschießungen, Eintauchen in Eiswasser, absichtliches Erfrierenlassen und vorsätzliches Ansteckenlassen durch Zusammenlegung von Gesunden mit Typhuskranken umgekommen.

In der Folge ist Morel Kommandant des Konzentrationslagers Jaworzno und dem Staatsgefängnis in Kattowitz gewesen, wo er laut Haftbefehl für unzählige Tote und Folterungen von

politischen Gefangenen verantwortlich gewesen sei. Im Jahre 1988 habe sich Morel als Oberst der polnischen Geheimpolizei Sluzba Bezpieczenctwa (SB) in Warschau zur Ruhe gesetzt. Im Jahr 1993 wurde er schließlich wohl von früheren Kollegen gewarnt, daß eine Untersuchung gegen ihn eingeleitet worden sei. Morel flüchtete daraufhin nach Israel. Seit 1996 lebe er in Tel Aviv in einer auf den Namen seiner Schwester gemieteten Wohnung. Der Bezirksstaatsanwalt von Tel Aviv gab zunächst vor, ihn nicht auffinden zu können. Später vertraten die israelischen Behörden die Auffassung, Morel könne lediglich Körperverletzung nachgewiesen werden. Und als ein solches Delikt seien seine Handlungen bereits verjährt. Eine Auslieferung Morels an Polen wurde daher abgelehnt.

Die polnische Seite hat diese Rechtsauslegung entschieden bestritten. Sie hat demgegenüber stets die Meinung vertreten, bei den Taten Morels handele es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Und diese verjähren nach unbestrittener internationaler Rechtsauffassung niemals. Kürzlich hat nun ein israelisches Gericht letztinstanzlich entschieden, daß Salomon Morel nicht ausgeliefert werden wird.<<

26.06.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 26. Juni 1999: >>Große Mehrheit unterstützt großes Mahnmal in Berlin

... Der Bundestag hat am Freitag beschlossen, in Berlin ein zentrales Mahnmal für die ermordeten Juden Europas errichten zu lassen. ...

Danach wird im kommenden Jahr auf der Fläche von der Größe zweier Fußballfelder neben dem Brandenburger Tor ein begehbare Labyrinth aus 2.700 Betonstelen entstehen. ... Die Kosten werden auf 15 Millionen Mark geschätzt. ...

Kulturstaatsminister Michael Naumann (SPD) warb vor der Abstimmung für Eisenman (US-Architekt) und sprach von einem "Zeichen gegen das Vergessen". In beiden großen Parteien gab es jedoch eine Minderheit, der ein kleineres Denkmal lieber gewesen wäre. ...

Die Vorsitzende des privaten Mahnmal-Förderkreises, Lea Rosh, sieht den Beschluß als großen Erfolg. Diepgen (regierender Bürgermeister Berlins) soll jetzt seine Kritik fallenlassen, das Denkmal sei zu groß: "Auch die Verbrechen, um die es hier geht, sind gigantisch."<<



Abb. 90 (x904/...): Holocaust-Mahnmal in Berlin: Das Denkmal für die ermordeten Juden Europas wurde am 10. Mai 2005 feierlich eröffnet.

Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet ferner am 26. Juni 1999 über das Holocaust-Mahnmal: >>**Zur rechten Zeit**

Wird gut, was lange währt? Der Bundestag hat gestern eine mehr als zehnjährige Hängepartie beendet. In Berlin wird im nächsten Jahr mit dem Bau eines zentralen Holocaust-Mahnmals begonnen. ...

Das gestrige Ergebnis hat allerdings einen Haken. Nur der jüdischen Opfer soll zwischen Peter Eisenmans Betonstelen gedacht werden. Die "Hierarchisierung" der Opfer ist beschlossene Sache. ...

Neuer Streit ist also programmiert. Das Mahnmal wird ein Stein des Anstoßes bleiben. ...<<

Der deutsche Jurist und Publizist Heinz Nawratil (1937-2015) berichtet später über die "einseitige Erinnerungskultur der Deutschen" (x309/132): >>... In Deutschland existieren nach einer älteren Schätzung weit über 1.000 Erinnerungsstätten für die Opfer des Nationalsozialismus. Nach einer neuen umfassenden Recherche gibt es sogar 8.000 antifaschistische Gedenkstätten, von denen die Mehrzahl in den neuen Bundesländern zu finden ist. Die Linksozialistin Lea Rosh – eine der Initiatorinnen der gigantischen Holocaustgedenkstätte in Berlin – plädiert sogar für ein Mahnmal "auf dem deutschen Marktplatz". ...

Bei so viel Toleranz und Sensibilität möchte man meinen, daß der größten Verfolgtengruppe der Bundesrepublik, der Vertriebenen aus Ostdeutschland und Osteuropa, in ähnlicher Weise gedacht wird; schließlich trägt Göttin Justitia eine Binde vor den Augen, um zu zeigen, daß die Gerechtigkeit nicht nach Rasse, Religion oder Nation fragt.

Doch weit gefehlt. Außer peripheren Gedenkorten wie Friedland (Mahnmal der Heimkehrer und Kriegsgefangenen) und Berlin, Theodor-Heuss-Platz (Flamme der Vertreibung, die im Lauf der Jahre mehrfach entzündet und wieder gelöscht wurde), existiert nichts, was der größten Vertreibung der Weltgeschichte und den damit verbundenen Völkermordverbrechen auch nur im entferntesten gerecht würde. Bis heute ist die Vertreibungsproblematik die Leiche im Keller der Bundesrepublik geblieben. ...<<

08.07.1999

BRD: Die "Frankfurter Rundschau" berichtet am 8. Juli 1999: >>**Bonn will Klage von NS-Opfern gegen Degussa-Hüls abwenden**

... Die Bundesregierung hat sich vor einem US-Gericht dafür eingesetzt, die Sammelklage von NS-Opfern gegen den deutschen Konzern Degussa-Hüls fallenzulassen.

Bonn verweist auf die Souveränität und Entschädigungsleistungen der Bundesrepublik. ... Bonn bringt im wesentlichen 2 Gründe zum Schutz des Unternehmens vor. Die Anwälte verweisen auf das "souveräne Interesse der Bundesrepublik", Ansprüche dieser Art selbst zu regeln.

Schließlich hätten das Bundesentschädigungsgesetz und spätere Regelungen dazu beigetragen, daß Deutschland "eine moralische Basis" finde, um nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges in der atlantischen Allianz aufgenommen zu werden. Bislang seien 104 Milliarden Mark für "Wiedergutmachungszahlungen" aufgebracht worden, heißt es in dem Schreiben an das Gericht.

Zugleich heben die Rechtsvertreter Bonns hervor, daß für noch offene Ansprüche ehemaliger Zwangsarbeiter von deutschen Konzernen, die "Teil der staatlich kontrollierten Kriegswirtschaft waren", ein Entschädigungsfonds geschaffen werden solle. ...<<

15.07.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 15. Juli 1999: >>**"Ein kalter Wind weht herüber"**

... Der häßliche Deutsche feiert Auferstehung. In den letzten Jahren möchte man auch in Polen nicht mehr über ihn reden.

Deutschland war das Land, das Polens EU- und NATO-Beitritt betrieb, mit einer vorbildli-

chen Demokratie und einem Kanzler, der in Polen noch beliebter als in Deutschland war, besonders bei den Intellektuellen.

Seit einigen Wochen ist das anders. Wenn Andrzej Normalverbraucher morgens die Zeitung aufschlägt, dann erfährt er auf der ersten Seite, wie SS-Schergen auf Anweisung des Degussa-Konzerns KZ-Häftlingen die Zähne herausreißen ließen und diese anschließend zu Goldbarren einschmolzen.

Er erfährt, daß die Kattowitzer Zentrale der Dresdner Bank den Bau von Auschwitz finanziert hat. Und er erfährt, wie viele Veteranenorganisationen dagegen protestieren, daß die deutsche Regierung ehemalige Zwangsarbeiter in verschiedene Klassen einteilen will – und daß die polnischen Zwangsarbeiter ziemlich weit unten in der Hierarchie angesiedelt werden sollen.

Kein Thema, das mit Deutschland zu tun hat, hat in den letzten Wochen und Monaten so viele Zeitungsspalten gefüllt wie die geplanten Entschädigungen für Zwangsarbeiter.

Nur die Warschauer "Polityka" weist ab und zu noch darauf hin, daß Gerhard Schröder der erste Kanzler ist, der laut über Entschädigungen für Naziopfer rede, "während sein Vorgänger es vorzog, über Entschädigungen für Vertriebene zu sprechen". Dankbarkeit erntet die rot-grüne Bundesregierung dafür noch lange nicht. Selten hatte Deutschland in Polen nach 1989 eine schlechtere Presse als diese Tage.

... Nun werden in der Öffentlichkeit Zahlen diskutiert, bei denen selbst Mitglieder der polnischen Verhandlungsdelegation abwinken: Von 48 Milliarden DM an entgangenen Löhnen für 600.000 Zwangsarbeiter ist da die Rede und von Zahlungen auch an die Erben Verstorbener. Hinter vorgehaltener Hand ist aus Kreisen des Außenministeriums zu erfahren, daß schon drei Milliarden nur für noch lebende Opfer eine gute Verhandlungsbasis wären. Doch wie kommt man von den riesigen Erwartungen, die in der Öffentlichkeit kursieren, wieder herunter?<<

Juli 1999

BRD: Der österreichische Philosoph und Soziologe Prof. Ernst Topitsch (1919-2003) schreibt im Juli 1999 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" (x887/...): >>>Der maßlose Schuldskult

Warum darf "Barbarossa" kein Präventivschlag gewesen sein?

Warum müssen die Deutschen "alles gewußt haben" über die Judenverfolgung?

Welchen Zweck verfolgen historische Dogmen in der Gegenwart?

Kurz: Wie der moralische Vorwurf zur politischen Waffe verkam

In wenigen Monaten werden schon 60 Jahre seit dem Ausbruch des Zweiten Weltkriegs vergangen sein, aber die Diskussion um diese größte Katastrophe unseres Jahrhunderts ist noch immer in vollem Gange. Dabei überwuchern nicht selten politische und moralische Motive die Sachproblematik.

Häufig ist es nachgerade zu einer Dogmenbildung gekommen, ja gelegentlich wurde sogar verlangt, die deutsche Alleinschuld zu einer justitiablen "politischen Wahrheit" zu erheben. Glücklicherweise hat das weithin unbekanntes Urteil des Bundesverfassungsgerichtes vom 11. Januar 1994 dem einen Riegel vorgeschoben, wobei es in der Urteilsbegründung heißt: "Die freie Diskussion ist das eigentliche Fundament der freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft".

Hier mag eine Fußnote am Platze sein: Der Philosoph Jürgen Habermas, der sich gern als kapitulinische Gans der wahren Demokratie präsentiert, hält es in seinem Aufsatz "Vom öffentlichen Gebrauch der Historie" zwar für tolerabel, wenn politisch unerwünschte Auffassungen in Fachzeitschriften geäußert werden, die praktisch unter Ausschluß der Öffentlichkeit erscheinen. Doch wenn diese Auffassungen an die Öffentlichkeit getragen werden, ist die Toleranz am Ende. Entlarvend, denn eine solche Einstellung ist eigentlich für autoritäre und totalitäre Systeme charakteristisch.

Doch nun zur Sache. Selbstverständlich kann die vielschichtige Problematik der Kriegsursa-

chen - der Ausdruck "Kriegsschuld" sei vorerst zurückgestellt - im gegebenen Rahmen auch nicht annähernd zulänglich umrissen werden. So konzentrieren sich die folgenden Ausführungen auf die Rolle der Sowjetunion und die Frage, ob und inwiefern "Barbarossa" als Präventivschlag gelten kann.

Diese Thematik ist auch deshalb besonders interessant und aufschlußreich, weil sie zeigt, daß in der Sowjetunion frei - und nicht etwa im verborgenen - veröffentlichte Schlüsseltexte bei uns jahrzehntelang tabuisiert und totgeschwiegen wurden und meist heute noch werden. Einige dieser Texte wurden sogar in der seinerzeitigen DDR auf deutsch publiziert, in der Bundesrepublik und auch sonst im Westen nahezu lückenlos ignoriert.

Nun kann man die sowjetische Weltmachtspolitik in grobem Umriß als Verbindung des aus der Zarenzeit ererbten russischen Imperialismus mit dem marxistisch-leninistischen Gedanken der Weltrevolution verstehen. In diesem Sinne hat Lenin schon 1920 eine Langzeitstrategie entworfen, nach welcher die "kapitalistischen" Mächte einander in einem zweiten "imperialistischen Krieg" zermürben und schließlich durch den Aufstand revolutionierter Massen und den Druck der Roten Armee liquidiert werden sollten.

Diese Linie hat dann Stalin mit unbeirrbarer Konsequenz, aber taktischer Wendigkeit fortgeführt und dabei für den forcierten Ausbau der Schwer- und zumal Rüstungsindustrie gesorgt, deren Leistungsfähigkeit sich im Zweiten Weltkrieg erweisen sollte. Dem entsprach eine etwa seit Anfang der dreißiger Jahre energisch vorangetriebene Verstärkung und Modernisierung der Streitkräfte, ihre offensive Ausstattung mit Flugzeugen, Fallschirmtruppen sowie motorisierten und gepanzerten Angriffsverbänden, und dementsprechend eine Militärdoktrin, nach welcher ein Angreifer in einem gewaltigen Gegenstoß auf seinem eigenen Territorium zerschmettert werden sollte.

Schließlich gelang es Stalin, Hitler durch den Pakt vom 23. August 1939 zum Angriff auf Polen zu ermutigen und dadurch erheblich zur Entfesselung des zweiten "imperialistischen Krieges" beizutragen. Die eigentlichen Angriffsziele waren dabei England und Amerika als Zitiellen des Weltkapitalismus und wichtigste Hindernisse auf dem Weg zur Weltherrschaft, während Deutschland und später auch Japan als Rammböcke dienen sollten. Dieses Konzept wäre nur durch ein Arrangement oder gar eine Allianz zwischen Berlin und dem Westen durchkreuzt worden. So unterstützten die Sowjets zunächst Deutschland, vermieden aber während des ganzen Krieges jeden direkten Zusammenstoß mit den Westmächten.

Doch der lange Abnutzungskrieg nach Art von 1914/18 blieb zunächst aus: In Frankreich erangen die Deutschen ihren spektakulären Sieg. Damit war aber - was praktisch die gesamte Zeitgeschichte übersieht - eine völlig neue strategische Lage geschaffen: Zwischen der Roten Armee und dem Atlantik stand nur mehr die deutsche Wehrmacht, und war sie ausgeschaltet, dann waren die Sowjets Herren zumindest Kontinentaleuropas, ohne daß die Westmächte dies damals hätten verhindern können oder auch nur wollen.

So beschleunigte man in Moskau abermals das ohnehin schon hohe Rüstungstempo und entwarf Operationspläne, die schließlich darauf hinausliefen, den erwarteten deutschen Angriff mit einer strategischen Großoffensive zu beantworten, durch die das in Ostpreußen und Polen konzentrierte Gros der Wehrmacht in einer doppelten Umfassung eingekesselt und vernichtet werden sollte. Damit wäre der Weg zum Atlantik frei gewesen.

Mit dieser militärischen war eine psychologische Strategie verbunden, die darauf beruhte, den Deutschen den Erstschatz zu überlassen, ja einen Angriff insgeheim zu provozieren. Als solche Provokation sind die maßlosen Forderungen zu verstehen, die Molotow im November 1940 den Deutschen überbrachte und welche diese in ihren bis in den Sommer zurückreichenden offensiven Absichten wesentlich bestärkten.

So konnte der deutsche Erstschatz psychostrategisch als heimtückischer Überfall vermarktet werden, was in aller Welt um Sympathie werben, die Kriegsbegeisterung der Sowjetmenschen

entfachen, vor allem aber die Westmächte täuschen sollte, indem der vorbereitete Eroberungszug als Reaktion auf den deutschen Angriff getarnt wurde.

Es handelte sich also um eine raffiniert ausgeklügelte Kombination von militärischer und psychologisch-politischer Strategie, die nur deshalb teilweise erfolglos blieb, weil der deutsche Angriff um einige Wochen zu früh kam und in den weit fortgeschrittenen, aber noch nicht abgeschlossenen Offensivaufmarsch der Roten Armee hineinstieß, der nach seinem Abschluß sowohl im Hinblick auf die Bemessung wie auch auf die Gruppierung der russischen Streitkräfte gute Erfolgsaussichten gehabt hätte.

In und hinter dem Lemberger Frontbogen, aus dem der Hauptstoß vorgesehen war, hätten nach Abschluß des sowjetischen Aufmarsches 74 Schützen-, 28 Panzer-, 15 motorisierte Schützen- und fünf Kavalleriedivisionen (in der Roten Armee auch mit Panzern versehen) stehen sollen - eine gewaltige Übermacht, auch wenn man berücksichtigt, daß die sowjetischen Divisionen zahlenmäßig schwächer waren als die deutschen. Demgegenüber verfügte die Wehrmacht in diesem wichtigen Abschnitt lediglich über 22 Infanteriedivisionen verschiedener Typen, fünf Panzerdivisionen (zu je zwei statt drei Abteilungen) und vier motorisierte Divisionen (zwei davon mit nur zwei Regimentern).

Vor allem verhinderten die großen Anfangserfolge der Wehrmacht und ihr späterer zäher Widerstand das volle Gelingen des militärischen Konzeptes, doch der Mythos vom "Überfall" errang den wohl größten bisherigen Erfolg einer psychologischen Kriegführung und wurde weithin - zumal hierzulande - eine nachgerade religionsartig tabuisierte "politische Wahrheit". Zum Schutze dieser "Wahrheit" wurden und werden russische, ja meist noch sowjetische Schlüsseltexte von der sogenannten "seriösen" Zeitgeschichte mit unbeirrbarer Folgerichtigkeit ignoriert, um nicht zu sagen: unterschlagen.

Dafür nun einige charakteristische Beispiele. Schon vor dreißig Jahren veröffentlichte der polnisch-amerikanische Experte Severyn Bialer einen mit einer ausgezeichneten Einleitung versehenen Sammelband unter dem Titel "Stalin and his Generals" (New York 1969), der in englischer Sprache zahlreiche Aufsätze aus dem "Kriegsgeschichtlichen Journal" enthielt, das unter der Ägide des sowjetischen Verteidigungsministeriums stand.

Danach vertraten die russischen militärischen Planer "die Ansicht, daß sowjetische Defensivoperationen bloß taktischer Natur sein würden, örtlich begrenzt und von kurzer Dauer; daß eine strategische Offensive gegen angreifende Armeen entlang der gesamten Frontlinie einer kurzen Anfangsperiode von Verteidigungsmaßnahmen folgen würde" (... the view that Soviet defensive operations would be merely tactical, localized in scope, and short in duration; that a strategic offensive against invading armies along the entire front line would follow a brief initial period of defensive action. - Übersetzung der Redaktion).

Bestätigt wird das durch zwei Sowjetmarschälle, die an der Vorbereitung der strategischen Offensive unmittelbar beteiligt gewesen waren. So schreibt I. Ch. Bagramjan, 1941 Chef der Operationsabteilung des Kiewer Sondermilitärbezirks, aus dem der Hauptstoß geführt werden sollte, in seinem Buch "So begann der Krieg" (Ost-Berlin 1972, S. 125):

"Den nach Westen vorspringenden Raum mit einer so großen Stadt wie Lwow (Lemberg, der Verfasser) betrachteten wir als günstiges Aufmarschgebiet für den Fall, daß wir zu breiten Angriffsoperationen übergehen müßten. Nicht zufällig waren in dieser Richtung zwei unserer voll aufgefüllten und kampffähigsten mechanisierten Korps, das 4. und das 8., konzentriert worden" - ein deutlicher Hinweis auf den später veröffentlichten "Schuckow-Plan".

Noch deutlicher wird Wassilewski, der persönlich an der Ausarbeitung dieses Planes mitgewirkt hatte:

"Unsere Schützentruppen hatten die Aufgabe, zusammen mit den Grenztruppen und den besetzten Räumen der Grenzmilitärbezirke den ersten Ansturm aufzuhalten. Die mechanisierten Korps sollten unter Ausnutzung der Panzerabwehrlinien gemeinsam mit den Schützentruppen

durch Gegenstöße die in unsere Verteidigung eingebrochenen Gruppierungen liquidieren und günstige Bedingungen für eigene Angriffshandlungen schaffen.

Bis zum Beginn des gegnerischen Angriffs sollten die aus der Tiefe der UdSSR kommenden Kräfte die Grenzmilitärbezirke erreicht haben. Außerdem wurde angenommen, daß unsere Truppen auf jeden Fall voll und ganz vorbereitet mit den geplanten Gruppierungen in den Krieg eintreten würden und ihre Mobilmachung abgeschlossen sei."

Doch der deutsche Angriff erfolgte zu früh:

"Allerdings gelang es nicht, alle geplanten Mobilmachungs- und organisatorischen Maßnahmen abzuschließen. Zum Teil lag das an dem falsch vorausbestimmten Zeitpunkt eines möglichen faschistischen Überfalls auf unser Land. Gesagt werden muß aber auch, daß das ökonomische Potential des Landes es nicht erlaubte, alle Maßnahmen in der uns verbliebenen Zeit durchzuführen" ("Sache des ganzen Lebens", Berlin-Ost 1977, S. 100, Zitat S. 102).

Schließlich schrieb der Militärhistoriker Oberst B. Petrow in der "Prawda", damals noch Zentralorgan der KPdSU, am 8. Mai 1991:

"Infolge der Überschätzung eigener Möglichkeiten und Unterschätzung des Gegners schuf man vor dem Krieg unrealistische Pläne offensiven Charakters ... In ihrem Sinn begann man die Gruppierung der sowjetischen Streitkräfte an der Westgrenze zu formieren. Doch der Gegner kam uns zuvor" (Hervorhebung des Verfassers).

Wichtige Indizien sprechen dafür, daß es sich bei der sowjetischen Reaktion auf den Kriegsausbruch 1941 und dessen Vorbereitung um keine Improvisation handelte, sondern daß Stalin den Mythos vom "wortbrüchigen Überfall auf die friedliebende Sowjetunion" als Instrument psychologisch-politischer Kriegführung von langer Hand vorbereitet hatte.

Als Molotow im November 1940 in Berlin die provozierenden sowjetischen Forderungen überbrachte, blieb er mit Stalin in telegraphischem Kontakt. Die Aufzeichnungen darüber wurden inzwischen veröffentlicht. Dabei berichtete der Außenkommissar, er habe Ribbentrop erklärt, daß er "die sowjetisch-deutschen Abkommen vom vorigen Jahr im Laufe der Ereignisse mit Ausnahme der Finnland-Frage als erschöpft betrachte". Prompt kam die berichtigende Antwort: "Man sollte sagen, daß das Protokoll zum Nichtangriffsvertrag, nicht der Vertrag selbst erschöpft sei. Den Ausdruck 'Erschöpfung des Vertrages' können die Deutschen als Erschöpfung des Nichtangriffsvertrages auslegen, was nicht richtig wäre".

So sollte der Pakt als solcher unangetastet bleiben - wohl um den provozierten Angriff als wortbrüchigen Überfall erscheinen zu lassen. Überdies hatte Stalin seinem Abgesandten auch einen Entwurf für eine eventuelle Friedensaktion mitgegeben, wodurch abermals die Friedensliebe der Sowjetunion dokumentiert werden sollte. Damit aber die Deutschen den Pakt nicht aufkündigen, wurden ihnen erhebliche wirtschaftliche Zugeständnisse gemacht. So weitblickend und raffiniert ist Stalin offenbar vorgegangen.

Angesichts solcher und ähnlicher Schlüsseltexte sowie neuerer wissenschaftlicher Untersuchungen ist die konformistische Zeitgeschichtsauslegung in einen Argumentationsnotstand geraten, aus dem sich ihre Verfechter mit verschiedenen Tricks herauszuwinden suchen. Beispielhaft ist das im vorigen Jahre erschienene, für ein breiteres Publikum bestimmte Buch von Guido Knopp: "Der verdammte Krieg. Unternehmen ‚Barbarossa‘. Überfall auf die Sowjetunion 1939-1941".

Die obigen Zitate findet man dort ebensowenig wie die Titel der Schriften von Ph. W. Fabry, J. Hoffmann, H. Magenheimer, W. Maser, W. Post, V. Suworow und dem Verfasser dieses Beitrags. Die Öffentlichkeit soll - genau nach Habermas (siehe Ostpreußenblatt, Folge 26) - eben nichts davon erfahren.

Sofern aber die Nonkonformisten dennoch einem breiteren Publikum bekannt werden, sucht man sie als Dilettanten und "Hobby-Historiker" abzutun: Ihre Auffassungen mögen zwar richtig sein, doch seien sie inakzeptabel, weil sie möglicherweise Hitler entlasteten - als ob eine

Wissenschaft darauf Rücksicht nehmen könnte, daß ihre Ergebnisse irgend jemand entlasten oder belasten, irgendwo erwünscht oder unerwünscht sind.

Interessant ist auch das Spiel mit der Vieldeutigkeit des Ausdrucks "Präventivkrieg". Im engeren Sinne bezeichnet er einen Schlag gegen erkannte Vorbereitungen eines Gegners für einen nahe bevorstehenden Angriff. Nun hat die Sorge hinsichtlich eines drohenden russischen Angriffs in den Planungen des deutschen Generalstabes kaum eine Rolle gespielt. Und wenn die deutsche Seite zu Kriegsbeginn von einem Präventivschlag sprach, so war das zu diesem Zeitpunkt im wesentlichen bloß Propaganda - doch bald zeigten die enormen Gefangenen- und Beutezahlen, was sich wirklich im Osten zusammengebraut hatte.

Aus heutiger Sicht darf es als gesichert gelten, daß "Barbarossa" in weiterem Sinne präventiven Charakter trug. Es handelte sich um einen Zusammenprall zweier Stoßrichtungen totalitärer Eroberungspolitik, wobei der eine Angreifer dem anderen um eine ziemlich kurze Frist zuvorgekommen ist.

Indem aber die Konformisten die Präventivkriegsthese in Bausch und Bogen tabuisieren, suchen sie von der gesamten sowjetischen Weltmachtspolitik und insbesondere von den ehrgeizigen Planungen und Vorbereitungen Moskaus abzulenken und den psychostrategischen Mythos vom "heimtückischen und wortbrüchigen faschistischen Überfall auf die friedliebende und vertrauensvolle Sowjetunion" zu retten.

Die Alternative wäre nämlich in ihren Augen schlechthin blasphemisch: Wenn Paris nicht durch die Rote Armee "befreit" worden ist und wenn nicht jahrzehntelang zwischen den weißen Felsen von Dover und den weißen Feldern Rußlands nur der Ärmelkanal gelegen ist, so ist dies - Hitlers Absichten hin oder her - dem deutschen Soldaten zu verdanken.

Freilich handelt es sich nicht immer nur um bewußte Unterschlagungen und Verdrehungen. Manchmal scheint auch ein geradezu abgründiges Defizit an politischer Intelligenz mit im Spiel zu sein. So äußerte der "Star-Historiker" Gerhard L. Weinberg (der nicht nur aufgrund seines umfangreichen, zum Standardwerk hochgejubelten Buches "Eine Welt in Waffen" in sogenannten "Fachkreisen als der beste Kenner des politisch-diplomatischen Umfeldes des Zweiten Weltkrieges" gilt) unlängst in Wien bei einem Symposium über den raffiniertesten Machtpolitiker der damaligen Zeit: "Stalin war zu blind, zu doof und zu dumm, um die vom nationalsozialistischen Deutschland her drohende Gefahr zu erkennen" ("Die Presse", Wien, 1. Dezember 1997).

Weinberg hätte seine eigenen geistigen Fähigkeiten nicht treffender charakterisieren können. Daß solche Leute als Autoritäten gelten, läßt auch Rückschlüsse auf das intellektuelle Niveau der "Fachwelt" zu.

Abschließend sei noch auf das bisher ausgeblendete Thema der Schuld Bezug genommen. Man kann darüber staunen, mit welcher massiven Selbstsicherheit hier apodiktische Urteile und Verurteilungen von weittragendem Anspruch verkündet werden, als ob es in diesen Fragen absolute Kriterien und unfehlbare Instanzen gäbe, die über deren korrekte Anwendung entscheiden. Doch zumindest seit David Humes Unterscheidung zwischen *is* und *ought*, von Tatsachenaussagen und Werturteil, müßten wir wissen, auf welchem schwankendem Boden wir uns hier bewegen und wie problematisch alle Wertbegründungen überhaupt sind. Unausweichlich stellen sich die Fragen: *Quis iudicabit?* und *Quis iudicabit iudices?* (Wer wird richten? und Wer wird die Richter richten?, die Redaktion)

Logische Analyse und geschichtliche Erfahrung zeigen übereinstimmend, daß das "Naturrecht" zum größten Teil aus Leerformeln besteht, die zur Rechtfertigung oder Verurteilung jedes beliebigen Systems oder Verhaltens gebraucht werden können, gebraucht wurden und noch werden. Kaum besser steht es um das Völkerrecht: Dazu schrieb der einstige österreichische Generalstabschef Conrad v. Hötzendorf, es sei "eine ephemere (wirkungslose, die Redaktion) Rechtsbasis, die dem Schwächeren sicheren Schutz nicht gewährleistet, dem Stärkeren

aber, der nach Belieben modelt, als Maske dient, seine Gewaltakte zu bemänteln". Zahlreiche Beispiele bestätigen, daß in der Realität der Mächtige seine Rechtsauffassung durchsetzt und stets willfährige Geister findet, die das legitimieren, ja bejubeln.

Ähnlich steht es um die Moral, und mit einem milden Alterszynismus könnte man behaupten, im Ernstfall seien hundert moralische Gründe leichter zu beschaffen als eine einzige kriegsstarke Kompanie. Vor allem - und zumal für unser Thema - wichtig ist aber die praktisch beliebige Einsetzbarkeit moralischer Parolen zu Zwecken von Macht und Herrschaft. Besonders die Kirchen haben jahrhundertlang mit Hilfe eines zu diesem Zweck kultivierten Sündenbewußtseins die Menschen in Unterwürfigkeit gehalten.

Auf die hier lauende Gefahr hat Karl Jaspers schon 1946 in seiner auch heute noch aktuellen Schrift "Die Schuldfrage" hingewiesen. Es könne sich zeigen lassen, "wo die Anklage nicht mehr wahrhaftig sich vollzieht, sondern im Dienste anderer, etwa politischer oder wirtschaftlicher Zwecke als Waffe benutzt wird ... Moralische und metaphysische Vorwürfe sind als Mittel für politische Willenszwecke schlechthin zu verwerfen".

Gewiß hat der Sieger die Macht, seine Auffassungen durchzusetzen, doch er bleibt nur so lange glaubwürdig, als er sich selbst an die von ihm verkündeten Grundsätze hält. "Alles andere ist Verkleidung dessen, der die Macht dazu hat. Ganz allgemein ist Moral dennoch im Bereich des Politischen nur insofern glaubhaft, als sie zwischen Freund und Feind, zwischen Sieger und Besiegten keinen Unterschied macht.

Unter dieser Voraussetzung hat etwa Telford Taylor, einst amerikanischer Hauptankläger in zwölf Nürnberger Prozessen, mit Nachdruck erklärt, "den Feind - vor allem den besiegten - für Handlungen zu strafen, die von der rechtsprechenden Nation selbst begangen worden sind, wäre von solch schreiender Ungerechtigkeit, daß dadurch das Kriegsrecht selbst in Mißkredit gebracht würde".

Und was für das - wenn auch sehr ungenau - kodifizierte Kriegsrecht gilt, gilt in noch höherem Maße für die noch viel weniger präzierte Moral. So scheut sich Taylor auch nicht, deutsche und alliierte Greuelthaten in einem Atemzug zu nennen, besonders was die Luftbombardements, den Partisanenkrieg und den Massenmord an Zivilisten betrifft. Doch so ausgewogene Stellungnahmen sind eher die Ausnahme als die Regel.

Mit diesen notgedrungenen knappen Bemerkungen ist natürlich die ganze vielschichtige und weitläufige Problematik gerade erst angedeutet, doch mögen sie darauf hinweisen, wie leicht moralische Argumente zum Spielball, ja zur Waffe im Kampf um Machteroberung und Machtbehauptung werden, dadurch aber jede Autorität einbüßen. Die politische Korruption der Historie besteht nun darin, daß ein - oft bewußt - entstelltes Bild geschichtlicher Tatsachen mit einem - ebenso oft bewußt - zweckbestimmten Moralisieren zu einer sakrosankten "politischen Wahrheit" verbunden wird. Daß dabei Wissenschaft und Moral gleichermaßen auf der Strecke bleiben, ist die Kehrseite der Medaille.

Solche "politischen Wahrheiten" verdichten sich mitunter zu einem regelrechten Schuldskult, der womöglich den Rang einer Staatsreligion anstrebt. Um aber jeder - unabsichtlichen oder absichtlichen - Mißdeutung zuvorzukommen: Auch für den Verfasser zählt die organisierte Judenvernichtung zum Furchtbarsten, was in unserem an Furchtbarem wahrhaftig nicht armen Jahrhundert geschehen ist, und jede Kritik an dem Schuldskult bleibt nur so lange glaubwürdig, als sie sich jeder Beschönigung von Untaten enthält.

Jener Kult aber verfolgt den Zweck, "die Deutschen" oder einen möglichst großen Teil von ihnen als Mitwisser und Mittäter zu Mitschuldigen zu erklären - was im Extremfall bis zur Kriminalisierung des eigenen Volkes gehen kann -, ihnen Schuldgefühle einzuimpfen und sie so denjenigen gefügig zu machen, die als platonische Philosophenkönige der Gegenwart um das "wahrhaft Gute" wissen.

Schuldzuweisungen setzen zunächst die Klärung von zwei Fragen voraus: Wer hat wann was

davon gewußt? Und: Wer hätte wann was dagegen tun können? Schon die erste Frage führt in eine breite Grauzone zwischen völliger Ahnungslosigkeit und klarem, auf eigene Anschauung begründetem Wissen.

Gerade jene Ereignisse, auf die sich die schlimmsten Vorwürfe gegen die Deutschen gründen, waren einer rigorosen und raffinierten Geheimhaltung unterworfen, was freilich nicht verhinderte, daß so manches gerüchteweise durchsickerte. Die Deportationen von Juden konnten zumal in den Städten nicht verborgen bleiben, doch gab es damals vom Baltikum bis nach Südtirol viele "Umsiedelungen", und es hieß, die Verschleppten würden im Osten zum Bau von Befestigungen oder in der Landwirtschaft verwendet.

Das klang recht plausibel, und selbst Roosevelt, der über ganz andere Informationsmöglichkeiten verfügte als die große Mehrheit der Deutschen, scheint lange Zeit daran geglaubt zu haben. Als noch im Herbst 1942 Professor Felix Frankfurter bei dem Präsidenten Besorgnis über das Schicksal der Juden äußerte, "bekam er zur Antwort, er solle sich keine Sorgen machen, die Juden würden an der russischen Front lediglich zur Errichtung von Befestigungsanlagen eingesetzt".

Möglicherweise handelte es sich dabei nur um eine beruhigende Bemerkung, doch der prominente jüdische Autor Walter Laqueur hat in seinem grundlegenden Buch "The Terrible Secret" (deutsch: "Was niemand wissen wollte", 1981) gezeigt, wie vielfach im Westen die Nachrichten über die Judenvernichtung unterdrückt oder doch wesentlich heruntergespielt wurden. Sogar einige bedeutende jüdische Persönlichkeiten haben die betreffenden Berichte für übertrieben und unseriös gehalten. Man könnte sagen, bei den Alliierten und den Neutralen ist oft mehr "weggeschaut" worden als bei den Deutschen.

Besonderes Gewicht kommt in diesem Zusammenhang der britischen Nachrichtenpolitik zu. Darüber schrieb Bernhard Heimrich in der "FAZ" vom 31. August 1993 einen bemerkenswerten Artikel unter dem Titel: "Bergungsunternehmen in Britanniens Vergangenheit. Warum verschwieg die BBC im Zweiten Weltkrieg die Judenvernichtung?"

Die Gründe der dort aufgezeigten Verschwiegenheit stehen hier nicht zur Debatte. Doch konnte sie bei den Deutschen eine beachtliche Wirkung ausüben. Sogar Regimegegnern, die verbotenerweise den britischen Sender abhörten, konnte sich leicht der Gedanke aufdrängen: Wenn nicht einmal die Engländer von so etwas berichten, wird an den Gerüchten über eine Massenvernichtung nicht viel dran sein. Aber in den Bußlitaneien des Schuldkultes lautet es: "Alle haben davon gewußt", oder wenigstens: "Alle hätten davon wissen müssen".

Doch selbst wenn man mehr davon gewußt hätte, man hätte kaum etwas dagegen tun können. Beispielsweise hat Generaloberst Blaskowitz, damals einer der ranghöchsten Offiziere der Wehrmacht und im Winter 1939/40 Oberbefehlshaber Ost, mehrmals aufs schärfste gegen die an der polnischen Bevölkerung verübten Grausamkeiten der - seinem Befehl nicht unterstehenden - Einsatzgruppen und Polizeiverbände erfolglos protestiert.

Hitler war über diese Schreiben höchst ungehalten, äußerte sich höhnisch über solch "kindliche Einstellungen" in der Führung des Heeres und bemerkte, mit Heilsarmee-Methoden führe man keinen Krieg. Der General wurde zwar nicht direkt gemaßregelt, aber nie zum Feldmarschall befördert.

Damit stand die Rute von Anfang an im Fenster. Auch hohe Offiziere wußten, daß mit direkten Protesten nichts zu erreichen war, und konnten sich nur mehr darauf beschränken, besonders törichte und brutale Befehle des Diktators abzuschwächen oder zu umgehen. Das galt natürlich erst recht für den kleinen Leutnant, den einfachen Landser und den Zivilisten in der Heimat, und wer als Regimegegner bekannt war, mußte besonders vorsichtig sein.

Wenn aber die Hohepriester des Schuldkultes das alles nicht zu bestreiten vermögen - den Deutschen muß für Vorgänge, deren Kenntnis der großen Mehrheit von ihnen durch das eigene Regime und sogar die Sender der damaligen Feindmächte vorenthalten wurde und gegen

die sie nur wenig unternehmen konnten, dennoch Schuld, Verantwortung und Scham verordnet werden. Dazu dient dann oft die Behauptung, die Greuelthaten seien eben "im Namen" des deutschen Volkes erfolgt und dieses sei dafür mitschuldig.

Dafür jedoch, daß die Deutschen jemals um ihre Einwilligung zu einer solchen Benutzung ihres Namens gefragt worden wären, haben selbst die heldenhaftesten Vergangenheitsbewältiger nie auch nur den Schatten eines Beweises vorbringen können.

Ein weiterer Kunstgriff, um möglichst große Teile der Deutschen dem Schuld kult zu unterwerfen, besteht in einer maßlosen und völlig willkürlichen Ausweitung des Täter-Opfer-Schemas. Hier beruht die Irreführung vor allem darauf, daß zwischen der physischen Tatsache und ihrer moralisch-juristischen Beurteilung kein Unterschied gemacht wird. So ist etwa der Soldat, der im Gefecht einen Gegner tötet oder im Rahmen des Kriegsrechtes einen Partisanen exekutiert, im physischen Sinne durchaus ein "Täter" und der letztere sein "Opfer".

Doch schon beim Kriegsrecht bewegen wir uns auf schwankendem Boden, und gegen die Manipulierbarkeit der Moral ist erst recht kein Kraut gewachsen. Indes eignet sich das Täter-Opfer-Schema hervorragend zu solchen Manipulationen. Da es meist im Zusammenhang mit strafrechtlich verbotenen Tätigkeiten verwendet wird, kann mit seiner Hilfe fast beliebigen Vorgängen ein krimineller Charakter untergeschoben, können die jeweiligen angeblichen "Täter" zumindest in weiterem Sinne als "Verbrecher" diffamiert und ihnen Schuldgefühle einge-redet werden - womöglich gleich dem ganzen Volk.

Auf dieser Linie liegt auch das bekannte "Aufrechnungsverbot". Nun können unter der Voraussetzung einer allgemeingültigen Moral deutsche Untaten nicht durch vergleichbare Vorgänge bei den seinerzeitigen Gegnern entschuldigt oder gerechtfertigt werden, freilich aber auch nicht umgekehrt. Doch jenes Verbot zielt darauf ab, die Deutschen als die allein wahrhaft Schuldigen dastehen zu lassen.

Diesem Zweck dient auch die Behauptung von der Einzigartigkeit oder Singularität der deutschen Verbrechen. Sie ist insofern in einem banalen Sinne richtig, als jeder geschichtliche Sachverhalt individuell, einzigartig und von anderen Sachverhalten unterschieden ist. So gibt es auch Unterschiede zwischen den einzelnen totalitären Bspitzelungs-, Unterdrückungs- und Massenvernichtungssystemen, wenn auch das Gemeinsame überwiegt.

Doch das meint das "Singularitäts"-Dogma nicht. Vielmehr soll hier wie sonst den Deutschen eingebleut werden, daß ihre Taten unvergleichlich - gewissermaßen um einen qualitativen, dialektischen Sprung - verdammenswerter seien als alles, was sonst in der Menschheitsgeschichte geschehen ist. Eine objektive Begründung für diese maßlose Beschuldigung wird aber nicht geboten.

Diese und ähnliche "politische Wahrheiten" bedürfen daher dringendst einer möglichst wirksamen Abschirmung gegen alles kritische Denken. Hier klingen uralte Motive aus den Mysterienkulten an. Die Auserwählten und in das Geheimnis des "Wahrhaft Guten" Eingeweihten verfügen über ein "höheres Wissen", das für die Verblendeten und Verworfenen grundsätzlich unüberprüfbar ist, ja jeder Versuch einer Kritik beweist erst recht die Verblendung und Verworfenheit derer, die ihn anstellen.

So können auch heute die Hierophanten (Enthüller) des Schuld kultes jeden Einwand von vornherein als Ausdruck der Verblendung - "Verdrängung", wie man das heute meist nennt - und des Verfallenseins an die faschistische Todsünde abschmettern. Damit verfügen sie wie Mysterienpriester über einen höchst wirksamen politischen Bannstrahl. Ein junger Historiker, der sich erdreistet, jene Wahrheiten auch nur zur Diskussion zu stellen, kann in der Regel seine akademische Karriere in den Rauchfang schreiben, ja selbst ein arrivierter Professor erhält dann wahrscheinlich keinen Ruf mehr. Wir sind auf dem Wege zu einer Staatsreligion.

Hierzu zählen nach altbewährter pfäffischer Tradition auch sonstige Frageverbote, ja sogar eine Art Index verborum prohibitorum. Vom Verbot der Präventivkriegsthese war bereits die

Rede. Doch gilt es auch als höchst verdächtig, Betrachtungen über die Konsequenzen anzustellen, die sich aus der Mittellage des Deutschen Reiches in Europa ergaben, und die Geopolitik oder Geostrategie ist fast vom Schwefelgestank des Teufels umwittert. Ja, schon wenn der Ausdruck "Volk" fällt, erheben sich die Zeigefinger.

So rundet sich das Bild eines nachgerade gespenstischen Reiches der Lüge. Orwell läßt grüßen: Dogmatismus ist Aufklärung, Zensur ist Geistesfreiheit, Manipulation ist Seriosität, Entmündigung ist Mündigkeit, Servilismus ist Emanzipation, Konformismus ist Gewissensgebot usw. Im Namen des wahren Fortschritts und der wahren Humanität ist alles erlaubt, auch und zumal eine alles durchdringende strukturelle Verlogenheit. Die wahre Moral beruht auf ihrer Brauchbarkeit als Instrument des Machtkampfes und der Machtbehauptung, kurz auf ihrem Propagandawert, wobei freilich eine solche Moral auf die Dauer ihre Glaubwürdigkeit und damit ihren Propagandawert einbüßen kann.

Doch vorläufig wird bei uns die veröffentlichte Meinung noch weithin von den Hohepriestern und Inquisitoren des Schuldkultes bestimmt, Leuten übrigens, für welche mitunter sogar die Bezeichnung "Halbgebildete" noch schmeichelhaft wäre. Die radikale, an die Wurzeln greifende Kritik an dieser Vernebelung ist die aktuelle Aufgabe einer wirklichen Aufklärung.<<

USA: Die US-Zeitschrift "The Barnes Review" berichtet im Juli/August 1999 über eine Rede des US-Schriftstellers Benjamin H. Freedman (1890-1984) von 1961 (x922/...): >>**Deutschland und die Juden**

Die Rolle der Juden im 1. und 2. Weltkrieg

Eine Rede von Benjamin H. Freedman - 1961

Vorwort

Benjamin H. Freedman wurde 1890 als Sohn jüdischer Eltern geboren. Er wurde ein erfolgreicher Geschäftsmann in New York City und war der Haupteigentümer der Woodbury Soap Company. Er beendete seine Verbindungen mit dem organisierten Judentum nach dem 2. Weltkrieg. Mit einem finanziellen Aufwand von 2.5 Millionen Dollar verbrachte er den Rest seines Lebens damit, den Einfluß der Juden in Wirtschaft und Politik in den USA zu veröffentlichen. Er war ein Insider auf höchster Ebene in jüdischen Organisationen, und war persönlich befreundet mit Bernard Baruch, Samuel Untermyer, Woodrow Wilson, Franklin Roosevelt, Joseph Kennedy, John F. Kennedy und vielen anderen die in dieser Zeit etwas bewegt und zu sagen hatten.

Benjamin H. Freedman im Willard Hotel, Washington D.C. 1961:

Hier in den USA haben die Zionisten und ihre religiös Verbündeten die komplette Kontrolle über unsere Regierung. Es wäre zu komplex jetzt näher darauf einzugehen, aber die Zionisten und ihre religiös Verbündeten regieren die USA als wären sie die absoluten Monarchen dieses Landes.

Wahrscheinlich denken Sie, daß das eine sehr leichte und einfache Erkenntnis ist, aber lassen Sie mich erzählen und zeigen was passierte während wir alle "schliefen".

Was war passiert? Der 1. Weltkrieg brach im Sommer 1914 aus. Einige in meinem Alter werden sich noch daran erinnern. Nun, dieser Krieg wurde auf der einen Seite von England, Frankreich und Rußland, und auf der anderen von Deutschland, Österreich/Ungarn und der Türkei geführt.

Innerhalb von 2 Jahren gewann Deutschland diesen Krieg, nicht offiziell, aber auf dem Schlachtfeld. Die deutschen U-Boote, welche eine Überraschung für die Welt waren, fegten alle Konvois vom Atlantik.

Großbritanniens Munition und Vorräte gingen der Neige zu, danach kam der Hunger. Zur gleichen Zeit meuterte die französische Armee, sie hatten 600.000 Blüten der französischen Jugend bei der Schlacht von Verdun an der Somme verloren. Die Russen waren am Ende, sie nahmen ihr Spielzeug und gingen nach Hause, sie wollten nicht mehr weiterspielen, und sie

mochten den Zar auch nicht unbedingt. Die italienische Armee kollabierte.

Nicht ein Schuß wurde auf deutschem Boden abgefeuert. Nicht ein Feind hatte die deutsche Grenze überschritten, und dennoch bot Deutschland England den Frieden an. Einen Frieden auf einer Basis den Anwälte den "Status quo ante" nennen würden. Das bedeutet - Laßt uns den Krieg beenden und laßt alles so sein wie es vorher war.

England dachte im Sommer 1916 ernsthaft darüber nach. Sie hatten keine Wahl, entweder sie würden dieses Friedensangebot annehmen oder bis zur Selbstvernichtung weiterkämpfen.

Während dieser Phase wandten sich deutsche Zionisten, die die Zionisten Osteuropas repräsentierten, an das britische Kriegskabinet, und, ich möchte die ganze Sache hier verkürzen, aber ich habe alle Dokumente hier um das zu beweisen, sie sagten: "Seht her, ihr könnt diesen Krieg noch gewinnen, ihr müßt nicht aufgeben. Ihr müßt diesen Frieden nicht annehmen den euch die Deutschen angeboten haben. Mit den USA als euren Verbündeten könnt ihr diesen Krieg noch gewinnen."

Die USA hatten mit diesem Krieg noch nichts zu tun. Wir waren frisch, wir waren jung, wir waren reich und wir waren mächtig. Die Zionisten sagten zu England: "Wir führen die USA in den Krieg als euren Verbündeten, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt und Deutschland, Österreich/Ungarn und die Türkei besiegt sind, wollen wir im Gegenzug Palästina, das ist Euer Preis."

Nun, England hatte das gleiche Recht irgend jemanden Palästina zu versprechen, wie wir, wenn wir den Iren Japan versprechen würden, aus welchen Gründen auch immer. Es war absolut absurd, daß Großbritannien, das keine Interessen und auch keine Verbindungen zu Palästina hatte, es als Zahlungsmittel für den Kriegseintritt der USA verwenden würde. Wie auch immer, sie gaben dieses Versprechen im Oktober 1916. Und kurz danach, ich weiß nicht wie viele sich noch daran erinnern werden, traten die USA, die immer und absolut pro-deutsch waren, als Verbündete Großbritanniens, in den Krieg ein.

Ich sage die USA waren immer pro-deutsch, weil die Zeitungen unter jüdischer Kontrolle waren, die Bankiers waren Juden, die Massenmedien in diesem Land waren unter jüdischer Kontrolle und die Juden selbst waren pro-deutsch, weil viele von ihnen aus Deutschland kamen. Sie wollten, daß Deutschland den Zar besiegt. Die Juden haßten den Zar, sie wollten nicht, daß Rußland den Krieg gewinnt.

Diese jüdischen Bankiers, wie Kuhn-Loeb und andere Großbanken, weigerten sich England und Frankreich auch nur mit einem Dollar zu unterstützen. Sie sagten: "Solange England und Frankreich Verbündete Rußlands sind gibt es nicht einen Cent!" Aber sie pumpeten Geld nach Deutschland, sie kämpften mit Deutschland an einer Seite gegen den Zar, um das zaristische Regime zu brechen.

Nun, dieselben Juden schlossen den Vertrag mit England ab als sie die Möglichkeit sahen Palästina zu bekommen. Auf einmal veränderte sich alles, wie eine Ampel die von rot auf grün schaltet. Alle Zeitungen, die den Menschen erzählten, wie schwer es doch die Deutschen im Kampf gegen die Briten hätten, änderten plötzlich ihre Meinung. Sie erzählten die Deutschen wären schlecht, sie wären wie die Hunnen, wie Barbaren. Sie, die Deutschen würden Rot Kreuz Schwestern erschießen und kleinen Babys die Hände abschneiden. Sie wären einfach schlecht. Kurz darauf erklärte Präsident Wilson Deutschland den Krieg.

Die Zionisten in London telegrafierte in die USA, zu Richter Brandeis, mit der Aufforderung: "Bearbeiten Sie Präsident Wilson, wir bekommen von England was wir wollen. Bringen Sie Präsident Wilson dazu in den Krieg einzutreten."

Auf diese Art und Weise traten die USA in den Krieg ein. Wir hatten kein Interesse daran. Wir hatten das gleiche Recht in diesen Krieg einzutreten, wie wenn wir heute Abend auf dem Mond anstatt in diesem Saal wären. Es gab absolut keinen Grund diesen Krieg zu unserem zu machen. Wir wurden hineingetrieben, nur damit die Zionisten ihr Palästina bekommen. Das

ist etwas was den Bürgern dieses Landes noch nicht erzählt wurde. Sie wußten nicht warum wir in den 1. Weltkrieg eintraten.

Nachdem wir eingetreten waren gingen die Zionisten nach London und sagten: "Wir haben unseren Teil der Abmachung erfüllt, jetzt seid Ihr dran, gebt uns ein Schriftstück das uns zeigt, daß wir Palästina bekommen, nachdem Ihr den Krieg gewonnen habt."

Sie wußten auch gar nicht wie lange der Krieg dauern würde, ob 1, 2 oder 10 Jahre, aber sie fertigten es an. Das Schriftstück wurde in Form eines Briefes, in einer eigenartigen Ausdrucksform geschrieben, so daß die Welt nicht genau wissen würde was dahintersteckt. Dieses Schriftstück wurde die BALFOUR DEKLARATION genannt.

Die Balfour Deklaration war nichts anderes als das Versprechen Englands für dieses abgemachte "Geschäft". Diese "große" Balfour Deklaration ist genauso wertvoll wie eine 3 Dollar Note. Ich denke, ich kann mich nicht anders ausdrücken.

So begann der ganze Ärger. Die USA traten in den Krieg ein. Die USA vernichteten Deutschland. Was dann passierte wissen Sie ja. Als der Krieg zu Ende war, und die Deutschen bei der Pariser Friedenskonferenz 1919 eintrafen, waren auch 117 Juden anwesend. Eine jüdische Delegation, die die Juden Osteuropas repräsentierte, angeführt von Bernard Baruch. Ich war auch da, ich sollte das wissen. Was passierte dann? Die Juden in dieser Konferenz, als man gerade dabei war Deutschland zu zerstückeln um es an die Europäer zu verteilen, sagten: "Wie wäre es mit Palästina für uns?"

Und sie brachten in Gegenwart der Deutschen die Balfour Deklaration zur Sprache. Die Deutschen erkannten was vor sich ging. "Aha, das war das Spiel, deswegen traten die USA in den Krieg ein." Die Deutschen erkannten zum ersten mal, daß sie nur deswegen besiegt worden waren, weil die Zionisten Palästina besitzen wollten. Die Deutschen mußten diese Schmach und irrsinnigen Reparationszahlungen nur aus diesem einen Grund erdulden.

Das bringt uns zu einer anderen interessanten Sache. Als die Deutschen das erkannten, nahmen sie das den Juden verständlicherweise sehr übel. Bis zu dieser Zeit ging es den Juden in keinem anderen Land auf dieser Welt besser als in Deutschland.

Es gab Herrn Rathenau, der bestimmt genauso wichtig in Industrie und Finanz war, wie Bernard Baruch in diesem Land. Es gab Herrn Balin, Besitzer der großen Dampfschiffahrtslinien, der Norddeutsche Lloyds und der Hamburg-Amerika Linie. Es gab Herrn Bleichröder, der Bankier der Hohenzollern Familie. Es gab die Warburgs in Hamburg, eine Kaufmanns- und Bankiersfamilie, die größten auf dieser Welt. Den Juden ging es sehr gut in Deutschland. Aber die Deutschen dachten: "Das war ein ziemlicher Ausverkauf."

Es war ein Ausverkauf der dieser hypothetischen Situation gleichkommt:

Gehen wir davon aus, wir die USA wären im Krieg mit der UdSSR, und wir wären am gewinnen, und wir bieten der UdSSR den sofortigen Stopp an. Wir würden ihnen Frieden anbieten. Plötzlich würde das rote China in den Krieg eintreten, als Verbündeter der UdSSR. Und dadurch würden wir vernichtend geschlagen werden. Gleich danach kämen Reparationszahlungen in einem Ausmaß, das wir uns gar nicht vorstellen können, auf uns zu.

Stellen Sie sich vor, daß wir gleich nach dem Krieg erfahren würden, daß unsere US-Chinesen, unsere Mitbürger, von denen wir immer dachten daß sie loyale und zuverlässige Bürger unseres Landes wären, stellen Sie sich vor wir fänden heraus daß sie es waren die für unsere Vernichtung verantwortlich gewesen sind. Stellen Sie sich vor daß diese US-Chinesen uns an die UdSSR verkauft hätten, wie würden wir uns fühlen!? Ich glaube keiner von ihnen könnte sein Gesicht jemals wieder auf den Straßen zeigen.

Es würde nicht genug Laternen geben die sie bei Nacht schützen würden. Wie würden wir uns fühlen ...? Nun, so fühlten auch die Deutschen gegenüber den Juden. Sie waren immer sehr anständig zu den Juden gewesen. Als 1905 die kommunistische Revolution in Rußland fehlgeschlug, und die Juden aus Rußland vertrieben wurden, gingen sie alle nach Deutschland, und

Deutschland gab ihnen Unterschlupf. Sie wurden sehr gut behandelt. Jetzt aber haben sie Deutschland verraten und verkauft, und zwar nur aus einem Grund, nur um Palästina zu besitzen. Als ihr "Jewish Commonwealth."

Nahum Sokolow und all die großen Führer und Namen die man heute mit dem Zionismus in Verbindung bringt, schrieben von 1919-1923 in ihren Zeitungen, und sie waren voll mit ihren Aussagen, daß, trotzdem die Deutschen erkannt haben, daß sie durch jüdische Einmischung den Krieg verloren haben, das Gefühl gegenüber den Juden noch annehmbar sei.

Es gab keine religiösen Gefühle, es gab auch keine Anfeindungen nur weil die Juden einen anderen Glauben haben. Es war nur wirtschaftlicher Natur, und alles andere als religiös. Niemanden in Deutschland kümmerte es ob ein Jude abends nach Hause ging, seinen Rolladen herunterließ und "Shema Yisroel" oder "Unser Vater" sagte. Niemand kümmerte sich darum, nicht mehr und nicht weniger wie hier in den USA. Die Gefühle die sich später entwickelten waren nur darauf zurückzuführen, daß die Deutschen die Juden für ihre Niederlage verantwortlich machten.

Der 1. Weltkrieg begann, ohne daß die Deutschen dafür verantwortlich gewesen waren. Sie hatten überhaupt keine Schuld, nur die Schuld erfolgreich zu sein. Sie bauten eine große Marine. Sie hatten Handel mit der ganzen Welt. Sie müssen sich darüber klar werden, daß Deutschland während der französischen Revolution aus über 300 Stadtstaaten, Grafschaften, Fürstentümern usw. bestand. Zwischen dieser Zeit, der Zeit Napoleons und Bismarcks, wurden sie zu einem Land zusammengerührt.

Innerhalb von 50 Jahren wurde Deutschland zu einer der Weltmächte. Ihre Marine rivalisierte mit der britischen und sie gingen dem Handel auf der ganzen Welt nach. Sie machten bessere Produkte und sie konnten mit jedem konkurrieren. Und was war das Ergebnis des Ganzen?

England, Frankreich und Rußland verschworen sich gegen Deutschland. Sie wollten Deutschland niederstrecken. Es gibt heute keinen Historiker der einen stichhaltigeren Grund finden könnte, warum Deutschland von der Landkarte verschwinden mußte.

Als die Deutschen erkannten wer für ihre Niederlage verantwortlich war, waren sie natürlich sehr verärgert. Aber nicht ein Haar wurde den Juden gekrümmt, nicht ein einziges. Professor Tansill der Georgetown Universität, der Zugang zu allen geheimen Unterlagen des State Departements hatte, zitierte in seinem Buch ein Dokument, geschrieben von Hugo Schoenfelt, ein Jude den Cordell Hull 1933 nach Europa schickte um die sogenannten Lager der politischen Gefangenen zu untersuchen, daß alle Gefangenen in guter Verfassung seien. Allen ging es gut und jeder wurde gut behandelt.

Die Lager waren gefüllt mit Kommunisten. Viele der Gefangenen waren Juden, weil 98 % der Kommunisten in Europa Juden waren. Einige Priester, Gewerkschaftsführer und andere mit internationalen Verbindungen waren auch unter den Gefangenen.

Der Hintergrund dessen war: In den Jahren 1918-1919 übernahmen die Kommunisten für einige Tage Bayern. Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht und eine Gruppe anderer Juden übernahmen die Regierung für drei Tage.

Nach dem Krieg floh Kaiser Wilhelm nach Holland, weil er dachte, daß ihm das gleiche Schicksal widerfahren würde wie dem Zaren Rußlands. Nach der kommunistischen Bedrohung in Deutschland arbeiteten die Juden wieder daran ihre alten Stellungen zurückzubekommen. Die Deutschen aber, bekämpften das so gut es ging. Sie bekämpften die Juden, wie die Prohibitionisten in unserem Land den Alkohol und deren Anhänger bekämpft haben.

Sie wurden nicht mit Pistolen bekämpft. Das war die Art und Weise wie die Juden in Deutschland bekämpft wurden. Zu dieser Zeit gab es zwischen 80-90 Millionen Deutsche, und nur 460.000 Juden. Ungefähr 0,5 % der Einwohner waren Juden, und doch kontrollierten sie die ganze Presse, und sie kontrollierten den Großteil der Wirtschaft, weil sie, als die Deutsche Mark abgewertet wurde, mit ihrem wertvollem Dollar praktisch alles aufkauften.

Die Juden versuchten das zu vertuschen, sie wollten nicht, daß die Welt versteht und begreift, daß sie Deutschland verraten und verkauft haben, und die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Die Deutschen bekämpften sie mit geeigneten Aktionen. Sie diskriminierten sie wo auch immer sie konnten. Sie mieden sie auf die gleiche Art und Weise wie wir die Neger, die Chinesen oder die Katholiken meiden würden, wenn sie verantwortlich für unsere Niederlage gewesen wären und sie uns an den Feind verkauft hätten.

Nach einer Weile trafen sich die Juden zu einer Weltkonferenz in Amsterdam. Juden aus jedem Land nahmen an diesem Treffen 1933 teil.

Und sie sagten zu Deutschland: "Ihr feuert Hitler und gebt uns unsere alten Positionen zurück, egal ob einer Kommunist oder was auch immer ist. Ihr könnt uns so nicht behandeln. Wir die Juden der Welt stellen euch ein Ultimatum." Sie können sich vorstellen was die Deutschen den Juden erzählt haben. Was geschah dann?

1933, als Deutschland sich dem Weltkongreß verweigerte, wurde die Konferenz abgebrochen. Mister Samuel Untermyer, der Kopf der amerikanischen Delegation und Präsident der gesamten Konferenz, kam zurück in die USA. Er ging vom Dampfschiff direkt zu den Studios der Columbia Broadcasting System - CBS, und gab eine Stellungnahme über die Radiostationen der gesamten USA ab, in welcher er sagte: "Wir sind nun in einem heiligen Konflikt mit Deutschland, und wir werden sie bis zur Aufgabe hungern lassen. Wir werden Deutschland weltweit boykottieren."

Tatsache ist, daß zwei Drittel der Lebensmittel der Deutschen importiert werden müssen, und es kann nur importiert werden, wenn auch gleichzeitig exportiert wird. So, wenn Deutschland nicht exportieren kann müssen zwei Drittel der deutschen Bevölkerung hungern. Es gab nur genug Lebensmittel für ein Drittel. In dieser Deklaration, die ich hier habe, und welche auch in der New York Times am 7. August 1933 abgedruckt war, gab Mister Samuel Untermyer bekannt, daß dies "unsere Art der Selbstverteidigung ist."

Präsident Roosevelt hat diese Handhabung in der National Recovery Administration bekanntgegeben, daß jeder der sich dem New Deal nicht beugt, auf diese Art und Weise boykottiert wird. Sie werden sich daran erinnern meine Damen und Herren, sogar der oberste Gerichtshof nahm es an. Letztendlich erklärten die Juden Deutschland den Krieg, und dieser war so effektiv, daß sie in keinem Laden mehr einen Artikel mit dem Aufdruck - Made in Germany - finden konnten.

Ein Mitarbeiter der Woolworth Company erzählte mir, daß sie Geschirr im Wert von mehreren Millionen Dollar in den Fluß werfen mußten, da Kunden, die diese gefunden haben, sie, die Inhaber gleich mit "Hitleristen, Mörder usw." gebrandmarkt haben. Es gab viele dieser Aufmärsche und Protestaktionen.

In einem Laden, der der R. H. Macy-Kette angehörte, der von der Familie Strauss geführt wurde, die auch Juden waren, fand eine Frau Strumpfhosen mit dem - Made in Germany - Aufdruck, Strumpfhosen aus Chemnitz, die dort seit 20 Jahren verkauft werden, wurden boykottiert. Die Besitzer wurden mit "Hitleristen" beschimpft. Hunderte von Menschen liefen auf und ab und protestierten... Bis zu dieser Zeit wurde keinem Juden in Deutschland auch nur ein Haar gekrümmt. Die Juden hatten nichts zu erleiden, mußten nicht hungern, wurden nicht attackiert oder ermordet.

Natürlich sagten sich die Deutschen: "Wer sind diese Menschen, die unser Land boykottieren, unser Volk arbeitslos werden lassen und unsere Industrie zum Stillstand führen? Wer sind diese Menschen, daß sie so etwas machen?"

Die Deutschen nahmen ihnen das sehr übel. Plötzlich wurden in Deutschland jüdische Geschäfte mit Aufschriften und Zeichen bemalt. Warum auch sollte ein Deutscher sein Geld in ein Geschäft bringen dessen Besitzer Deutschland mitboykottiert, der dafür sorgt, daß das deutsche Volk hungern mußte und dadurch zur Aufgabe gezwungen werden und sich dem

Weltjudentum ergeben sollte!? Ein Boykott von Menschen, die den Deutschen ihren Premier oder Kanzler aufzwingen wollten, es war lächerlich.

Der Boykott ging noch weiter, aber im Jahre 1938, als ein junger polnischer Jude in die deutsche Botschaft in Paris eindrang und einen Mitarbeiter erschoss, wurde es rauher für die Juden in Deutschland. Sie brachen Fenster ein und hatten Straßenkämpfe. Nun, ich benütze das Wort Antisemitismus ungern, weil es bedeutungslos ist, aber ich benütze es, weil sie es nicht anders kennen.

Der einzige Grund warum die Deutschen antijüdische Gefühle hatten, war der, daß sie wußten, daß die Juden für die Niederlage im 1. Weltkrieg und den Boykott verantwortlich waren. Dahingehend waren die Juden auch für den 2. Weltkrieg verantwortlich, weil, als das Ganze aus der Hand glitt, es wichtig war zu sehen, wer den Kampf überleben und als Sieger herausgehen wird.

Ich habe in Deutschland gelebt, und ich weiß, daß die Deutschen sich zwischen Kommunismus und Christentum zu entscheiden hatten. Es gab nichts dazwischen. Die Deutschen entschieden sich für das Christentum.

Sie begannen sich wieder zu bewaffnen. Im November 1933 haben die USA die Sowjetunion anerkannt. Die Sowjetunion wurde sehr mächtig, die Deutschen erkannten das und entschieden sich zu gehen und erst wieder zu kommen bis sie stark genug sind. Das gleiche machen wir hier doch auch, gehen und erst dann wieder auf der Bildfläche erscheinen bis wir stark sind.

Unsere Regierung gibt im Jahr 83 oder 84 Milliarden für Verteidigung aus. Verteidigung gegen wen? Verteidigung gegen 40.000 kleine Juden in Moskau, die Rußland übernommen haben, und in ihrer unaufrichtigen Art auch die Kontrolle über andere Staaten der Welt.

Heute leben wir an der Grenze zum 3. Weltkrieg aus dem keiner als Sieger hervorgehen wird. Das geht über meine Vorstellungskraft hinaus. Ich weiß, daß Atombomben im Megatonnenbereich gemessen werden. Eine Megatonne ist die Bezeichnung für 1 Million Tonnen TNT. Unsere Atombomben hatten eine Kapazität von 10 Megatonnen, 10 Millionen Tonnen TNT, als sie zum ersten mal entwickelt wurden. Heute haben wir Atombomben im 200 Megatonnen-Bereich, und nur Gott weiß wie viel die Russen davon haben.

Mit was haben wir es heute zu tun? Wenn wir heute einen Krieg auslösen, könnte er sich zu einem Atomkrieg entwickeln. Könnte das passieren? Es wird, wenn der Vorhang zum dritten Akt hochgeht. Akt 1 war der erste Weltkrieg, Akt 2 der zweite, Akt 3 wird der dritte Weltkrieg sein. Die Juden dieser Welt, die Zionisten und ihre religiös Verbündeten sind fest entschlossen, die USA weiterhin als ihren Stützpunkt für ihren Plan zu benützen, das Land Palästina zur Hauptstadt ihrer Weltregierung zu machen. Das ist so wahr wie ich hier stehe. Nicht nur ich weiß das und habe es gelesen, viele hier haben das auch, und es ist auf der ganzen Welt bekannt.

Was können und sollen wir tun? Das Leben, das Sie retten könnten, könnte das Ihres Sohnes sein. Ihre Jungs könnten heute Nacht auf dem Weg in den Krieg sein, und Sie wußten genauso wenig darüber wie Sie 1916 wußten, als die britische Regierung und die Zionisten ihren Deal abschlossen. Hatten Sie das gewußt? Niemand in den USA wußte das. Es war Ihnen nicht erlaubt das zu wissen. Wer wußte es?

Präsident Wilson wußte es. Colonel House wußte es. Andere Eingeweihte wußten es auch. Habe ich es gewußt? Ja, ich hatte eine ziemliche Ahnung was so vor sich ging. Ich stand in enger Verbindung mit Henry Morgenthau sen., in der Wahlkampagne 1912, als Präsident Wilson gewählt wurde. Es wurde rund um das Büro viel gesprochen. Ich war Vertrauensmann von Henry Morgenthau sen., dem Vorsitzenden des Finanzkomitees, und ich stand in enger Verbindung mit Rollo Wells, dem Schatzmeister.

Da saß ich nun in dieser Runde, Präsident Wilson am Tischende, und all die anderen. Ich hör-

te wie sie ihm die Einkommensteuer in sein Gehirn eingehämmert haben, durch die die Federal Reserve (Bundesbank) entstand, und ich hörte wie sie ihm die zionistische Bewegung indoktriniert haben. Richter Brandeis und Präsident Wilson waren sich so nahe wie diese zwei Finger an meiner Hand. Präsident Wilson war so inkompetent als dieses Newborn-Baby beschlossen wurde.

Das war die Art und Weise wie wir in den 1. Weltkrieg eintraten, während wir alle "schlafen". Sie schickten unsere Jungs auf die Schlachtbank, für was? Nur damit die Juden "ihr" Palästina bekamen, als ihr "Commonwealth".

Sie haben euch so verdummt, daß ihr nicht mehr wißt was links und rechts ist. Was wissen wir über die Juden? Ich nenne sie vor Ihnen Juden weil man sie so kennt. Ich selbst nenne sie nicht Juden. Ich nenne sie nur die "sogenannten Juden", weil ich weiß wer sie sind. Die osteuropäischen Juden, von denen 92 % der jüdischen Weltbevölkerung abstammen, sind eigentlich gar keine Juden.

Sie sind eigentlich Khazaren. Die Khazaren waren ein kriegerischer Stamm der Tief im Herzen Asiens lebte. Sie waren so kriegerisch, daß die Asiaten selbst sie aus Asien vertrieben und nach Europa schickten. Die Khazaren gründeten ein großes Königreich von 800.000 Quadratmeilen. Zu dieser Zeit existierte Rußland noch nicht, genauso wie viele andere europäische Länder. Das Khazarenkönigreich war das größte im gesamten Europa, so groß und so mächtig, das, wenn andere Monarchen es um Kriegshilfe gebeten hätte, es diesem leicht 40.000 Soldaten hätte leihen können. So groß und mächtig waren sie.

Die Khazaren waren Phallus-Verehrer/Anbeter, was sehr unanständig ist und ich möchte auch nicht näher darauf eingehen. Das war ihre Religion wie sie auch die Religion vieler anderer Barbaren und Heiden auf diesem Planeten war. Der Khazarenkönig war so angewidert von dieser degenerierten Lebensweise, daß er sich entschied einen Glauben zu "adoptieren", entweder das Christentum, den Islam oder das Judentum, was eigentlich Talmudismus ist.

Er entschied sich für das Judentum, und das wurde zur Staatsreligion. Er gründete die Talmudschulen Pumbedita und Sura aus der tausende von Rabbis hervorgingen. Er eröffnete Synagogen und Schulen, und seine Leute wurden was wir heute Juden nennen. Keiner von ihnen hatte jemals einen Vorfahren der auch nur mit einem Zehen das heilige Land betreten hat, nicht in der Geschichte des alten Testaments noch vom Anbeginn ihrer Zeit. Keiner von ihnen.

Und dennoch kommen sie zu den Christen und bitten um militärische Hilfe in Palästina. Sie sagen: "Wollt Ihr nicht dem auserwählten Volk helfen ihr gelobtes Land, die Heimat ihrer Vorfahren zurückzubekommen? Es ist eure christliche Pflicht. Wir gaben euch einen unserer Söhne als Herrn und Erlöser. Ihr geht Sonntags in die Kirche, kniet nieder und betet einen Juden an, und wir sind Juden."

Aber sie sind heidnische Khazaren, sie konvertierten genauso wie die Iren zum Christentum konvertierten. Es ist lächerlich, sie Volk des heiligen Landes zu nennen, so wie es lächerlich wäre 54 Millionen chinesische Moslems Araber zu nennen. Sie würden sich fragen ob diese Chinesen nicht ganz bei Trost sind. Jeder der glauben würde, daß diese Chinesen Araber wären, wäre nicht normal. Alles was sie taten war den Glauben anzunehmen, dessen Ursprung Mekka in Arabien ist. So wie die Iren es auch taten. Die Iren wurden nicht zu anderen Menschen. Sie waren immer noch die Gleichen, nur, daß sie das Christentum angenommen haben, und trotzdem sind sie immer noch Iren.

Diese Khazaren, diese Heiden, diese Asiaten waren eine mongolische Rasse die aus Asien nach Europa vertrieben wurde. Weil ihr König diesen Glauben angenommen hatte, hatte auch das Volk keine andere Wahl. So wie in Spanien, war der König katholisch, war es das Volk auch, wenn man sich weigerte hatte man das Land zu verlassen. So wurden die Khazaren was wir heute Juden nennen.

Jetzt können Sie sehen wie dumm es von den christlichen Regierungen war zu sagen: "Wir werden Gottes auserwähltem Volk, mit unserer Macht und unserem Prestige helfen das Land ihrer Vorfahren zurückzubekommen."

Gibt es eine größere Lüge als diese? Die Juden kontrollieren die Zeitungen, die Magazine, das Radio, das Fernsehen, die großen Buchverlage, und weil unsere Politiker ihre "Sprache" sprechen, ist es nicht überraschend, daß Ihr diese Lügen glaubt. Ihr würdet glauben schwarz sei weiß, wenn Ihr es nur oft genug hören würdet. Ihr würdet schwarz nicht mehr schwarz nennen.

Ihr würdet schwarz weiß nennen, und niemand könnte euch die Schuld geben. Das ist eine der großen Lügen in unserer Geschichte. Es ist das Fundament des ganzen Elends das uns befallen hat.

Wissen Sie, was die Juden am Tag des Atonements (?) machen, der Tag bei dem Sie denken, das er so heilig für die Juden wäre? Ich war einer von ihnen. Das ist kein Hörensagen. Ich bin nicht hier um Ihnen irgendeinen Schwachsinn zu erzählen. Ich gebe Ihnen hier Fakten!

Am Tag des Atonements (?) geht man in eine Synagoge. Für das erste Gebet, das man vorträgt, steht man aufrecht.

Es ist das einzige Gebet für das man steht. Man wiederholt dreimal ein Kurzgebet mit dem Namen Kol Nidre. In diesem Gebet schließt man ein Abkommen mit Gott, das besagt, daß jeder Eid, jedes Versprechen und jedes Gelöbnis, das man während der nächsten zwölf Monate gegenüber Nichtjuden macht, null und nichtig ist. Der Eid ist kein Eid, das Versprechen kein Versprechen und das Gelöbnis kein Gelöbnis. Das alles hat bei Juden keinen moralischen Wert. Und der Talmud lehrt auch, daß, wann immer man einen Eid, ein Versprechen oder ein Gelöbnis abgibt, man sich immer an den Tag des Atonements (?) erinnern soll, weil man als Jude diese Dinge nicht erfüllen muß und man davon ausgenommen ist. ...

Nun, wie sehr können Sie auf die Loyalität eines Juden zählen. Sie können darauf genauso zählen, wie die Deutschen im Jahre 1916 darauf gezählt haben.

Wir werden das gleiche Schicksal erleiden wie Deutschland, aus den gleichen Gründen.<<

11.08.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 11. August 1999: >>Neue Pläne mit der Gedenkstätte Bergen-Belsen

... Nach ersten Plänen des Landes (Niedersachsen) soll die Gedenkstätte des Konzentrationslagers im Landkreis Celle thematisch und räumlich erweitert werden. ...

Praktisch zugleich mit den Zukunftsplänen für die Gedenkstätte hat die Bundesregierung angekündigt, die Mittel für die Gedenkstätten in Westdeutschland kräftig aufzustocken. Neben Dachau (Bayern) und Neuengamme (Bremen) soll vor allem Bergen-Belsen profitieren. 10 Millionen Mark zusätzlich will der Berliner Kulturstaatsminister Michael Naumann im kommenden Jahr zur Verfügung stellen. Im kommenden Jahr soll die Förderung auf 15 und später auf 20 Millionen Mark erhöht werden. Der Bund unterstützt die Gedenkstätten in Deutschland zur Zeit mit jährlich 50 Millionen Mark. ...<<

20.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 20. August 1999: >>NS-Opfer rechnen auf

Der Sonderbeauftragte des Bundeskanzlers für die Zwangsarbeiter-Entschädigung, Otto Graf Lambsdorff, ist am Donnerstag in Washington mit Forderungen von über 20 Milliarden Dollar an die deutsche Wirtschaft konfrontiert worden. ...<<

31.08.1999

USA: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 31. August 1999: >>USA pochen auf Lösung für NS-Zwangsarbeiter

Die USA haben vor den Folgen eines Fehlschlags der deutsch-amerikanischen Gespräche über

die Entschädigung von NS-Zwangsarbeitern gewarnt.

Der stellvertretende Finanzminister Stuart Eizenstat erklärte, ein Fehlschlag könnte US-Firmen zu einem Boykott deutscher Waren veranlassen.

Somit drohten die Beziehungen zwischen den USA und Deutschland Schaden zu nehmen und deutsche Unternehmen getroffen zu werden. Solche Probleme mit einem der wichtigsten Verbündeten dürfe man nicht heraufbeschwören.<<

August 1999

BRD: Die russisch-jüdische Autorin Sonja Margolina kritisiert im August 1999 in der Zeitschrift "Mercur" (8/1999) die latenten Schuldkomplexe der Deutschen (x268/207): >>Auch in den internationalen Beziehungen leidet Deutschland unter dem Täterreflex.

Während die anderen europäischen Staaten die EU als die Fortsetzung ihrer nationalen Interessen in einer anderen Form verstehen, sieht Deutschland darin eine Aufhebung der nationalen zugunsten der angeblich europäischen Interessen. Die altruistische Einstellung hat zur Folge, daß Deutschland selbst seinen Partnern ideologische Argumente für die eigene Ausbeutung liefert. Zu bereitwillig werden in Frankreich und England antideutsche Klischees eingesetzt, wenn es darum geht, die "deutschen Interessen" in ihre Schranken zu verweisen.

Das läuft nach dem Motto: Wenn die Deutschen sich plötzlich um ihre nationalen Interessen kümmern, erwachen in ihnen die Nazis. ... Allerdings kann man nationale Interessen kaum überzeugend vertreten, wenn man die Nation ... als Tätergemeinschaft versteht und sich selbst der Zugehörigkeit zu ihr schämt.<<

Der deutsche Journalist und Publizist Johannes Gross (1932-1999) schreibt bereits im Jahre 1989 in seinem Buch "Phönix in Asche" (x268/229): >>... Wenn der Staat Flagge zeigt, tut er es halbmast, seine Feiertage sind Trauertage, die Bekundungen der Staatsmänner triefen von Betroffenheit.

Seine Geschichte ist in Wahrheit die des NS-Regimes und der Gedenktage seiner Greuel.<<

Der deutsche Historiker Alfred Schickel (1933-2015) berichtet im August 1999 in der katholischen Monatsschrift "THEOLOGISCHES" Nr. 8 – 1999 über "Lehren aus der Vergangenheit?" (x853/...): >>... **Verdrängte Wirklichkeit der Geschichte**

Wer die letzten 60 Jahre bewußt miterlebt hat, steht ernsthaft in Versuchung, an der Lernfähigkeit der Menschen zu zweifeln.

Wüßte er nicht, daß dieses augenscheinliche Vermögen durch mehr Geschichtskennntnis und weniger Voreingenommenheit beseitigt werden könnte, müßte er in der Tat die Hoffnung auf Besserung aufgeben. Die dem Menschen geschenkte Gabe der Erinnerung bietet ihm jedoch die Möglichkeit, begangene Fehler einzusehen und ihre Wiederholung zu vermeiden. Voraussetzung sind dabei die Bereitschaft zu ehrlicher Überprüfung des eigenen Standpunktes und der erkennbare Wille, aus gesammelten Erfahrungen zu lernen.

Auf den aktuellen Balkan-Konflikt bezogen bedeutet dies zum ersten die rückhaltlose Erforschung seines geschichtlichen Hintergrunds und zum zweiten die bedingungslose Umsetzung der gewonnenen Erkenntnisse; gleichgültig ob sie opportun erscheint oder nicht in die politische Kampagne paßt.

Bei der Aufhellung des historischen Hintergrunds des akuten Kosovo-Konfliktes treten die friedensvertraglichen Festlegungen der Pariser Vorortsverträge von 1919 in Erscheinung.

Sie segneten die serbische Gründung eines südslawischen Vielvölkerstaates auf dem Balkan völkerrechtlich ab und fügten mit "Jugoslawien" der sogenannten "Kleinen Entente" einen wichtigen Bestandteil hinzu.

Zusammen mit Polen, der Tschechoslowakei und Rumänien hatte dieses neue Staatengebilde auf dem Balkan Frankreichs traditionellen Bündnispartner im Osten, Rußland, zu ersetzen und sich als Einschließungsring ("Cordon sanitaire") um das Deutsche Reich zu legen.

Daß Jugoslawien - ähnlich wie die "Tschechoslowakische Republik" (CSR) - als multinatio-

naler Staat schwere innenpolitische Probleme hatte, bekümmerte die Friedensmacher von 1919 nicht sonderlich. Entgegen allen abgegebenen Versprechungen hatten sich die nach Österreich bzw. Deutschland ausrichtenden Sudetendeutschen den Tschechen ebenso zu fügen wie die nach staatlicher Selbständigkeit strebenden Kroaten.

Tschechen wie Serben fühlten sich als Mitsieger des Ersten Weltkriegs und ließen dies ihre deutschen bzw. kroatischen "Mitbürger" spüren.

Die Ereignisse der Jahre 1938/39 und 1941 waren die Folgen. Da sie sich im Zusammenhang mit der NS-Diktatur in Deutschland vollzogen, suchte man ihre Ergebnisse 1945 wieder rückgängig zu machen und die Volksdeutschen als die Schuldigen hinzustellen. Ihre Ausweisung sollte einem abermaligen Zerfall vorbeugen.

Entsprechend wurde die CSR nach dem Krieg durch die Vertreibung der Sudetendeutschen "ethnisch gesäubert". Eine "innenpolitische Bereinigung", welche die Polen in den von ihnen okkupierten deutschen Ostgebieten in gleicher Unmenschlichkeit praktizierten. Das "Schwarzbuch der Vertreibung" von Heinz Nawratil legt davon schauriges Zeugnis ab.

Die verantwortlichen Politiker der Zeit nahmen diese millionenfachen Menschenrechtsverletzungen hin - und ihre amtierenden Nachfolger suchten sie hinter einem "Schlußstrich" vergessen zu machen. Wohl nicht bedenkend, daß sie mit einem derartigen "Abschluß" eines Unrechtes einen folgenschweren Präzedenzfall schaffen und spätere "ethnische Säuberer" zu gleichem Tun verleiten.

Und wohl auch nicht zur Genüge in Rechnung stellend, daß ein solches Umgehen mit der Vergangenheit die Glaubwürdigkeit ihres Handelns in der Gegenwart beschädigt. Wer die Einlösung der Menschenrechte für seine Landsleute im Falle der vertriebenen Ost- und Sudetendeutschen für "anachronistisch" erklärt, wirkt wenig überzeugend bei der Durchsetzung von Menschenrechten mittels Bombardierungen auf dem Balkan. Ebenso wie die öffentlich reportierten Klagen über das leidvolle Schicksal der Kosovo-Flüchtlinge bei jenen etwas überraschen, die vom gleichen Opfer der deutschen Vertriebenen nichts mehr wissen wollen - oder vielleicht auch kaum etwas gehört haben.

Die Jahre der Deutschen-Vertreibung nach dem Zweiten Weltkrieg sind in punkto Kenntnisse und Wissensvermittlung zur eigentlichen "unbewältigten Vergangenheit" der deutschen Geschichte geworden, was sich nicht zuletzt wiederum in den Äußerungen der öffentlichen Meinungsführer und politischen Verantwortungsträger ausdrückt. Über dieses offenkundige Defizit tröstet auch die gleichermaßen problematische Luftkriegsführung der westlichen Militäralianz nur wenig hinweg, die sich bereits im Zweiten Weltkrieg mehr spontanen Widerstand als größere Kapitulationsneigung erbombt hatte.

Lediglich in der offenkundigen Scheu vor einem "Bodenkrieg" scheinen die westlichen Interventionalisten an gesammelte Erfahrungen der Vergangenheit zu denken.

Da lassen die leidvollen Erinnerungen an den opferreichen Vietnam-Krieg die NATO-Führungsmacht noch vor einem möglichen Infanterie-Einsatz zurückschrecken und kommen dem deutschen Zeitgenossen die blutigen Partisanenkämpfe des Zweiten Weltkriegs ins Gedächtnis; mit dem bitteren Beigeschmack, daß nach dem Krieg die überlebenden deutschen Soldaten und Offiziere wegen ihres Vorgehens gegen diese Freischärler vor alliierte Siegergerichte gestellt und als "Kriegsverbrecher" abgeurteilt wurden.

In den Anklageschriften las man von "Mißachtung aller Kriegsregeln" und "Ermordung von Hunderttausenden von Nichtkombattanten als Vergeltungsmaßnahmen in Griechenland, Albanien und Jugoslawien" als strafwürdige Taten.

Der ranghöchste "Angeklagte", Generalfeldmarschall Wilhelm List, legte in seinem Schlußwort gegen die erhobenen Vorwürfe Verwahrung ein und wies auf die besonderen Umstände der "Kämpfe auf dem Balkan" hin. Auf Kampfesarten, die "jeder Soldat" verabscheue und die "alle Merkmale des Bandenkampfes" getragen habe. Wenn es dabei "zu harten Maßnahmen"

gekommen sei, so habe die Schuld bei denen gelegen, "die diesen Kampf ausgelöst und genährt" und "nach Balkanart geführt" hätten, "heimtückisch und grausam".

Beschreibungen, wie sie gegenwärtig täglich über Aktionen serbischer Polizei- und Militäreinheiten verbreitet werden und als Rechtfertigung für die Bombardierungen dienen. Vom Siegergericht damals jedoch nicht ganz ernst genommen wurden und die Verurteilung der "Angeklagten" nicht verhinderten. Feldmarschall List sollte nach dem gefällten Richterspruch "lebenslänglich" büßen.

Auf jedes mögliche Urteil gefaßt, hatte er in seinem Schlußwort nach der Beteuerung seiner Unschuld den Richtern die nachmalig prophetischen Worte zugerufen: "Möge ein gütiges Schicksal solche Kämpfe, die wir gezwungen waren zu führen, der Nation ersparen, die heute über uns zu Gericht sitzt!"

Über ein halbes Jahrhundert danach scheint dieser Wunsch aktueller denn je. Vielleicht bleibt er erfüllt, wenn man ernsthaft aus der Geschichte lernt.<<

04.09.1999

BRD: Dr. Wolfgang Thüne (stellvertretender Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen) schreibt anlässlich des Tages der Heimat 1999 in der Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" am 4. September 1999 (x887/...): >>>Menschenrechte sind unteilbar

50 Jahre Rechtsstaat oder: Grundgesetz, was haben sie mit dir gemacht?

- Würde ist unantastbar - Erbe ebenso
- Schutzpflicht für Vertriebene verletzt

Der geschichtlichen Wahrheit müssen wir uns stellen, wir dürfen den Blick nicht um der einen oder der anderen politischen Bequemlichkeit willen oder aus dem einen oder anderen politischen Interesse von der Wahrheit abwenden oder ihr auszuweichen versuchen, weil das nicht in unser vorgefaßtes Wahrnehmungsmuster paßt", so Bundesinnenminister Otto Schily (SPD) am 29. Mai im Berliner Dom. Es war der Festakt zum 50jährigen Bestehen des Bundes der Vertriebenen.

Im selben Monat begingen die Repräsentanten des Landes auch "50 Jahre Grundgesetz" und ein halbes Jahrhundert Bundesrepublik. Allenthalben stand die "Erfolgsgeschichte des demokratischen Rechtsstaates" im Scheinwerferlicht allgemeinen Eigenlobs.

Wer außer den direkt Betroffenen, den deutschen Heimatvertriebenen, ist besser in der Lage, die "Erfolgsgeschichte Rechtsstaat" objektiv und unabhängig von parteipolitischen Präferenzen kritisch zu hinterfragen? Sie begann mit dem Auftrag der drei westalliierten Militärgouverneure, eine föderale Verfassung zu entwerfen. Hierzu wurde der vom 10. bis 23. August 1948 tagende Herrenchiemseer Verfassungskonvent einberufen.

Unter dem frischen Eindruck der massiven Verletzungen der "Würde des Menschen" wurde das Gebot der Unantastbarkeit der Menschenwürde an den Anfang des Grundgesetzes gestellt: "Die Würde des Menschen ist unantastbar!" Damit war es dem Staat grundsätzlich verboten, den Menschen wieder zum Objekt staatlichen Handelns zu machen, und zwar durch eine Behandlung, die Ausdruck der Verächtlichmachung der Person ist. Damit wurde aber auch zum Ausdruck gebracht, daß die "Verfassung" wie der Staat um des Menschen willen da ist und nicht umgekehrt.

In den Artikeln 2 bis 17 des Grundgesetzes sind weitere Grundrechte aufgezählt, darunter das Grundrecht auf Eigentum und Erbe. Auch dieses ist unantastbar und vom Staat zu achten und zu schützen. Gerade das Grundrecht auf Eigentum und Erbe ist aufs engste gekoppelt mit der Menschenwürde, weil mit ihm auch die Grundrechte auf Freiheit und Selbstbestimmung untrennbar verbunden sind.

Schützt der Staat die Grundrechte seiner Bürger nicht, klammert er sie aus politischer Opportunität aus (weil, wie oft gesagt wird, man die Zukunft nicht mit den Problemen der Vergangenheit belasten will), dann unterminiert er seinen Anspruch, ein Rechtsstaat zu sein. Er ver-

letzt aktiv das Rechtsgut "Menschenwürde". Er verletzt ebenso das "Friedensgebot", indem er gewissen Volksgruppen den Rechtsschutz versagt, denn der innergesellschaftliche Frieden beruht auf dem Grundsatz "iustitia fiat pax", Gerechtigkeit schafft Frieden.

Die Grundrechte sind etwas völlig anderes als "Grundwerte" oder "Staatsziele". Diese passen sich dem mehrheitlich-demokratischen Zeitklima an. Die Stärke der Grundrechte liegt in ihrer Unveränderlichkeit. Es sind Naturrechte oder von Gott gegebene Rechte, in die der Mensch nicht eingreifen darf, wenn er im Menschen nicht das Humanum verletzen will.

Günter Düring schreibt zu Recht zu Artikel 1 des Grundgesetzes: "Jeder Mensch ist Mensch kraft seines Geistes, der ihn abhebt von der unpersönlichen Natur und ihn aus eigener Entscheidung dazu befähigt, seiner selbst bewußt zu werden, sich selbst zu bestimmen und sich und die Umwelt zu gestalten." Die Menschenwürde ist immer dann getroffen, wenn der konkrete Mensch zum Objekt, zu einem bloßen Mittel, zur vertretbaren und vertreibbaren Größe herabgewürdigt wird.

Die Ost- und Sudetendeutschen wurden von fremden Staaten vertrieben, und vom eigenen "Rechtsstaat" wird ihnen das die Menschenwürde begründende Recht auf Selbstbestimmung verwehrt. Beim Versuch, ihre Eigentums- und Erbrechte gegenüber den Vertreibern einzufordern, wird aus politischer Berechnung der "diplomatische Schutz" verwehrt. Man wendet sich von der unbequemen Wahrheit ab, richtet den Blick in politisch-ideologische Traumwelten.

Des Rechtsstaatsprinzips völlig unwürdig bezeichnete der Außenminister Joseph (genannt "Joschka") Fischer (Grüne) bei seinem ersten Auslandsbesuch im Oktober 1998 in Warschau die Forderung der Vertriebenen nach Entschädigung für das 1945 willkürlich enteignete und konfiszierte Privateigentum. Dies sei "anachronistisch und absurd". Gegenüber der tschechischen Regierung erklärte der damalige Staatsminister Günter Verheugen (SPD) am 5. Dezember 1998, daß die Bundesregierung "gegenüber der tschechischen Regierung keine Vermögensansprüche geltend machen" werde.

Dazu ist zu sagen: Wenn der Staat auf "seinen" Staatsbesitz verzichtet, ist das seine Sache, obgleich er damit dem Wohl des Volkes nicht unbedingt dient, aber der Staat darf sich auf keinen Fall der Schutzpflicht der Grundrechte seiner Bürger entziehen, ihnen den diplomatischen Schutz verwehren. Auch der Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) erklärte gegenüber dem tschechischen Ministerpräsident Zeman, daß man aus Vertreibung und Enteignung keine Ansprüche mehr stellen werde.

Nur der heftige Protest der Präsidentin des Bundes der Vertriebenen, Erika Steinbach MdB (CDU), und die Drohung der Sudetendeutschen Landsmannschaft, "Sammel-Entschädigungsklagen" nach jüdischem Vorbild gegen tschechische Besitznehmer und Unternehmen anzustrengen, aber auch gegen die Bundesrepublik Deutschland, führten zu einem Einlenken.

Man besann sich des Rechts und erklärte seitens der rotgrünen Bundesregierung am 2. Februar 1999: "Die Bundesregierung sieht die Vertreibung der Deutschen und die entschädigungslose Einziehung deutschen Vermögens als völkerrechtswidrig an. Sie vertritt diesen Standpunkt auch gegenüber Polen und der CSFR. Bei den Verhandlungen mit der Republik Polen über den Vertrag vom 17. Juli 1991 sowie mit der CSFR über den Vertrag vom 27. Februar 1992 hat die Bundesregierung diese Auffassung deutlich gemacht. ...

Hieraus folgt, daß die Bundesregierung auch nicht auf vermögensrechtliche Ansprüche Deutscher gegenüber den genannten Staaten verzichtet hat."

Damit hat sich Berlin zwar formal den geltenden Grund-, Menschen- und Völkerrechtsnormen gebeugt, sich dem direkten Entschädigungszugriff durch die Betroffenen aber juristisch geschickt entzogen und jegliches Handeln in ihr staatliches Ermessen gestellt. Faktisch tut sich absolut nichts, die Vermögensfragen werden weiterhin für "offen" erklärt.

Diese Diskussion läßt einem aufmerksamen Beobachter deutlich werden, auf welchem schwankendem Boden unser "Rechtsstaat" steht und wie gefährdet er ist. Wie so oft in der Geschichte

läuft er Gefahr, die Würde des Menschen auf dem Altar vermeintlicher staatlicher Interessen zu opfern und sich an der "Verfassung" zu versündigen.

Seit 2.000 Jahren gilt sowohl für den Staat als auch den Privatmann der hehre Satz des römischen Rechts: Niemand kann mehr Rechte übertragen als ihm selbst gehören. Umgekehrt: Niemand kann auf etwas verzichten, das ihm gar nicht gehört. Die Grundrechte sind Individualrechte, über die der Staat nicht verfügen darf. Er hat sie zu achten und zu schützen, das ist der Auftrag des Bürgers an "seinen" Staat. Wenn der Staat aufgrund seiner Machthoheit absichtlich gegen die eine ihm obliegende Sorgfaltspflicht verstößt, dann macht er sich einer regulären Amtspflichtverletzung seinen Bürgern gegenüber schuldig und ist zum Ersatz des Schadens verpflichtet.

Bei allen "Ostverträgen" wurde Artikel 25 des Grundgesetzes ignoriert, der besagt, daß das Völkerrecht nicht nur Bestandteil des Bundesrechts ist, sondern ihm sogar im Range vorgeht. Das Recht auf die angestammte Heimat ist ebenso wie das daraus resultierende Recht auf Rückkehr oder das Recht auf Restitution anerkanntes Völkerrecht. Die Haager Landkriegsordnung aus dem Jahre 1907 verbietet es dem Besatzer, das Privateigentum einzuziehen und die Menschen kollektiv aus der Heimat zu vertreiben.

Das Nürnberger Militärtribunal kennzeichnete 1945 Deportationen und Vertreibungen nicht nur als Kriegsverbrechen, sondern als Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Die Vollversammlung der Vereinten Nationen bezeichnete die "Prinzipien von Nürnberg" als allgemeingültig und erklärte Vertreibungen generell zu unverjährbaren Verbrechen gegen die Menschlichkeit. Auch Zwangsumsiedlungen sind Vertreibungen, auch wenn, wie im Potsdamer Abkommen vom August 1945 gefordert wird, sie "human" erfolgen sollten. Es gibt keine "humane" Vertreibung, keinen "humanen" Völkermord (Genozid)!

Der bei den Vereinten Nationen in Genf tätige amerikanische Völkerrechtler Prof. Alfred de Zayas schrieb im Ostpreußenblatt vom 6. September 1991: "Völkerrechtlich gesehen verjähren weder Verbrechen gegen die Menschlichkeit noch Völkermord. Auch wenn die meisten Täter bereits verstorben sind: Ihre Verbrechen sind nicht verjährt. Was die staatliche Verantwortung bzw. Haftung betrifft, so ist sie keineswegs erloschen. Ferner sind die Menschenrechte der Opfer zu berücksichtigen. Ubi ius, ibi remedium (wo Recht gilt, da ist auch Abhilfe zu schaffen ...). Es muß eine Reparation für die Opfer geben."

In der Paulskirche rief der UN-Hochkommissar für das Flüchtlingswesen den Heimatvertriebenen zu: "Ihnen, also den Betroffenen, möchte ich sagen: Beharren und bestehen Sie auf Ihren Menschenrechten, denn sie werden anerkannt."

Ein zentrales Menschenrecht ist das Recht auf Eigentum und Erbe, das gekoppelt ist mit dem Recht des Menschen auf die Früchte seiner Arbeit. Hierzu äußerte sich Papst Leo XIII. in der Enzyklika *Rerum Novarum*, Nr. 7:

"Warum plagt sich denn der Arbeiter? Doch wohl, um Wirtschaftsgüter zu erringen und darüber nach seinem Willen zu verfügen. Weswegen stellt er denn Geist und Hände einem anderen zur Verfügung? Er will dadurch Güter erwirtschaften, die er braucht, um ein menschenwürdiges Dasein zu führen ... Lebt ein Arbeiter karg und erspart sich dadurch ein Sümmchen, um damit ein Grundstück zu kaufen, in der Absicht, seinem Arbeitsertrag eine gesicherte Form zu geben, so ist eben dieses Grundstück nichts anderes als der Lohn in veränderter Form. Dieses Grundstück ist also genau so in seinem Besitzrecht wie der unmittelbare Arbeitslohn."

Die Vizepräsidentin des Deutschen Bundestages, Antje Vollmer (Grüne), mahnt die Heimatvertriebenen hingegen, nicht länger die "Rächer der Enterbten" zu spielen. Rechtsstaatlich gesinnte Zeitgenossen können hier nur ein abgrundtiefes Defizit an Rechtskenntnis und Achtung vor der Menschenwürde feststellen. Dagegen erklärte der Europäische Rat der Staats- und Regierungschefs am 22. Juni 1993 in Kopenhagen: "Als Voraussetzung für die Mitglied-

schaft (in der EU, die Redaktion) muß der Beitrittskandidat eine institutionelle Stabilität als Garantie für demokratische und rechtsstaatliche Ordnung, für die Wahrung der Menschenrechte sowie die Achtung und den Schutz von Minderheiten verwirklicht haben."

Das Europäische Parlament fordert folgerichtig die Aufhebung der Benesch-Dekrete. Der Deutsche Bundestag aber bringt hierzu nicht den Mut auf. In diesem Punkt war es klug und weise, schon in der "Charta der Heimatvertriebenen" von 1950 auf "Europa" zu setzen.

Aber nicht nur die Benesch-Dekrete sind unerträglicher Rechtsbruch, dies gilt auch für die Bierut-Dekrete! Am 5. März 1945 wurde das in "Polen" zurückgelassene bewegliche und unbewegliche Vermögen einfach entschädigungslos unter bewußter Verletzung des 7. Gebots beschlagnahmt. Und schon am 14. März 1945 übernimmt das Bierut-Polen die Gebietshoheit über die besetzten deutschen Ostgebiete. Diese Annexion erfolgte, obgleich die Siegermächte erklärten, daß das Deutsche Reich nicht untergegangen sei, lediglich in seinen Grenzen vom 31. Dezember 1937 in Besatzungszonen aufgeteilt werde.

Die Heimatvertriebenen brauchen kein schlechtes Gewissen zu haben, sie sollten sich dies auch nicht einreden lassen, wenn sie redlich ihr Recht auf Eigentum und Erbe einfordern und einklagen.

Vertreibungen hören nämlich dann - und erst dann - auf, wenn sich die Vertreiber nicht länger an den Früchten fremder Arbeit bereichern können, wenn sich Vertreibung erstens nicht lohnt und zweitens vor Menschenrechtstribunalen geahndet und bestraft wird. Die Landsmannschaft Ostpreußen wird überleben, wenn sie sich weiterhin und verstärkt als Menschenrechtsorganisation versteht und gegen Völkermord jedweder Art unerschrocken angeht. Für diese Aufgabe ist sicher auch unsere Jugend zu begeistern und zu gewinnen. Die Ostpreußen brauchen wahrlich nicht den Blick auf die Wahrheit zu scheuen, denn das Recht steht unverbrüchlich auf ihrer Seite.<<

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 4. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>... Der Kanzler steht in Warschau zur historischen Verantwortung der Deutschen und sagt den Polen Hilfe beim EU-Beitritt zu

... Nach einem Besuch bei Staatspräsident Aleksander Kwasniewski bekannte sich Schröder nachdrücklich zur Verantwortung und den Lehren aus der deutschen Geschichte. Mit dem Besuch unmittelbar nach dem 60. Jahrestag des deutschen Überfalls auf Polen wolle er zeigen, daß er als Politiker der Nachkriegsgeneration die "fürchterlichsten Teile" der Geschichte "kennt und sie nicht verdrängen will". ...

Polens Ministerpräsident Buzek dankte Deutschland für die Bemühungen bei der Aufnahme Polens in die NATO. Er hoffe darauf, daß Deutschland sich auch als Anwalt für die rasche Aufnahme Polens in die Europäische Union (EU) einsetzen werde. Polen strebt eine Aufnahme in die EU mit Beginn des Jahres 2003 an.

Bundeskanzler Schröder versprach, dieses Vorhaben zu unterstützen. Im Anschluß an das Treffen mit dem Premier und dem Präsidenten sagte der Bundeskanzler, Deutschland werde alles tun, um Polen bei einem möglichst baldigen Anschluß an die EU zu helfen. ... Mit der Reise nach Warschau will Schröder mit Blick auf den bevorstehenden Jahrestag des Falls der Berliner Mauer im November 1989 den ehemals kommunistisch regierten Ländern in Osteuropa für ihre Rolle beim Zustandekommen der deutschen Einheit danken. ...<<

USA: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 4. September 1999 (x887/...): >>"Ich glaube an das Gute der US-Macht"

Die "Strategischen Visionen" der Madeleine Albright

In der Spiegel-Ausgabe vom 28. Juli dieses Jahres findet sich ein bemerkenswertes Interview mit der amerikanischen Außenministerin Madeleine Albright. Bemerkenswert ist dieses Interview weniger aufgrund der rhetorischen Camouflage, mit der die amerikanische Außenministerin die geopolitischen Ambitionen der USA umschreibt, sondern vielmehr aufgrund einer

zentralen Bemerkung, die ein bezeichnendes Licht auf das Selbstverständnis der amerikanischen Außenpolitik wirft.

"Wissen Sie, was ich festgestellt habe?" bemerkt Albright an einer Stelle des Interviews, "Viele Leute verstehen nichts von der Macht der USA. Sie verstehen nicht, was für ein Land wir sind." Und: "Ich glaube an das grundsätzlich Gute der amerikanischen Macht. Ich glaube, viele Menschen in der Welt verstehen nicht, daß wir unsere Macht nicht unilateral, sondern multilateral einsetzen wollen."

Dieses Credo von Albright ist nicht neu, sondern bestimmt ihr Denken seit dem Ende des Kalten Krieges. So erklärte sie in einer Rede an der Universität von Georgetown, der sie den Titel "Strategische Visionen für die 90er Jahre" gab, folgendes: "Multinationale Koalitionen und Sanktionen und der international gebilligte Einsatz von Gewalt werden die Schlüsselinstrumente im Umgang mit denjenigen sein, die ihre Nachbarn mit Massenvernichtungswaffen bedrohen."

Und: "Gewinnen können wir nur, wenn wir an einer internationalen Gemeinschaft bauen, die bei der Disziplinierung derjenigen zusammenarbeitet, die die Regeln brechen. Die Politik der Eindämmung (gegenüber der Sowjetunion) hat Erfolg gehabt, jetzt erfolgt die Politik der Integration."

Daß die USA die Regeln anzugeben trachten, nach denen die "internationale Gemeinschaft" zu funktionieren hat, versteht sich von selbst und ist spätestens seit dem Golfkrieg offenkundig. Mehr und mehr zeigt sich, daß die amerikanische Außenpolitik ihre rigiden Auffassungen über das "Wesen einer guten Gesellschaft" als Bewertungsmaßstab international durchzusetzen bemüht ist.

"Amerikaner" wird man bekanntlich nicht durch Geburt oder nationale Zugehörigkeit, sondern durch ein Bekenntnis zum "Amerikanismus" und seinen Glaubensinhalten, die da sind: Freiheit, Gleichheit, Individualismus, Populismus und allgemeines Laissez-faire. Entsprechend diesem Bekenntnis ist die amerikanische Politik "moralistisch" ausgerichtet. Politische oder soziale Auseinandersetzungen werden mit religiösem Eifer als Schlachten zwischen Gut und Böse inszeniert. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die jüngsten Verkörperungen des Bösen: Saddam Hussein und Slobodan Milosevic.

Der amerikanische Politologe Seymour Martin Lipset hat diese Haltung in einem 1998 erschienenen Buch ("American Exceptionalism") als "moralischen Absolutismus" bezeichnet. Diesem festen Glauben an absolute moralische Richtlinien und an die Auserwähltheit der Vereinigten Staaten, so Lipset, entspringe auch die Bereitschaft der Amerikaner, sich zum Anwalt der "Ausrottung des Bösen" zu machen und sich dabei entsprechender (militärischer) Mittel zu bedienen. Exakt dieser Geist wird in dem Albright-Interview, das der "Spiegel" führte, sichtbar.

Daß die Konsequenzen dieser Haltung als "absolutistisch" abgelehnt werden könnten, kommt einer Albright überhaupt nicht in den Sinn, denn: "Der Antiamerikanismus entsteht, weil unsere Ziel mißverstanden werden." Diese Ziele sind per se "moralisch gut". Wer dies nicht erkennt, muß entweder ein "Schurke" wie Saddam Hussein, Gadhafi oder Milosevic´ sein, oder er hat die Ziele der Amerikaner einfach nicht verstanden. Diese Ziele entspringen selbstverständlich nicht einem Hegemoniestreben, sondern dienen dem Wohle der Menschheit.

Was Madeleine (Albright) habe, so schreibt Michael Dodds in einer gerade erschienenen Biographie über die US-Außenministerin, sei politische Raffinesse und ein feines Gespür für den zwischenmenschlichen Umgang.

Ihr einstiger Lehrer Zbigniew Brzezinski bescheinigte ihr, daß sie wisse, wie sie es anzustellen habe, daß sich die Menschen in ihrer Gegenwart wohl fühlen. Außenminister Fischers "Erkenntnis" z.B., daß die Nato auf dem Balkan eingreifen müsse, nötigt ihr angeblich "großen Respekt" ab. Sie habe Fischer, der "von moralischen Grundsätzen gesteuert" sei, "gern um

sich herum". Genau dies wollten die Spiegel-Redakteure hören, die sich sichtlich gut in der Gegenwart der Außenministerin fühlten. So gut, daß sie ihre Kritikfähigkeit schließlich ganz ablegten.

Wir wissen heute, daß die US-Regierung der deutschen Regierung gerade einmal eine Viertelstunde Zeit ließ, um über Krieg und Frieden zu entscheiden. Dieser Vorgang verdeutlicht wie kaum ein anderer, was die Amerikaner wirklich unter "Aufgabenverteilung" verstehen ...<<

06.09.1999

Polen: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 6. September 1999 über Schröders Staatsbesuch in Polen: >>**Buzek und Schröder sind jetzt per Du**

... Buzek ist offenbar erleichtert über den Rücktritt seines Innenministers Janusz Tomaszewski, er wirkt gut gelaunt. Nun spricht er Schröder direkt an, auf englisch und an einer Studentin vorbei, die zwischen den beiden sitzt. "My name is Jerzy. What is your name?"

Schröder wundert sich ein bißchen, dann ergreift er die ausgestreckte Hand und lacht. ...

Es ist nicht das erste Mal, daß Buzek in seiner unkomplizierten Art die deutsch-polnische Atmosphäre entspannt. Als vor Schröders Antrittsbesuch im Herbst 1998 der polnische Außenminister Bronislaw Geremek Zweifel an der Europapolitik der neuen Bundesregierung äußerte, betonte Buzek vor Journalisten, daß man den deutschen Beteuerungen einer stetigen Politik natürlich glaube.

Nun signalisiert er, daß man Deutschland zwar nicht aus der historischen Verantwortung für den Zweiten Weltkrieg und die Verbrechen in Polen entlassen werde, dies aber keine Rückwirkungen auf das Verhältnis zum "EU-Anwalt Polens" haben werde.

"Deutschland war ein guter Anwalt bei unserem NATO-Beitritt", erklärt Buzek. "Einen Anwalt, der gute Arbeit geleistet hat, wechselt man nicht. Ich denke, Deutschland wird uns auch ein guter Anwalt bei der Aufnahme in die EU sein." ...

Die gute Stimmung Buzeks hat noch einen anderen Grund: In aller Heimlichkeit hatten er und Schröder bereits bei ihrem Treffen in Danzig im Mai vereinbart, Bewegung in die festgefahrenen Verhandlungen um die Rückgabe polnischer Kulturgüter zu bringen, die nach dem Krieg in polnische Hände gefallen sind. Jetzt haben die beiden Politiker ein Abkommen über den Austausch von Archivalien unterzeichnet, die für die Verwaltung des jeweils anderen Landes wichtig sind. ...

Vor dem feierlichen Beethoven-Konzert hielt der polnische Regierungschef eine Rede, in der er ausführlich und in deutlichen Worten an die Besatzungszeit, den Zweiten Weltkrieg und den polnischen Widerstand gegen die Deutschen erinnerte.

Doch am selben Tag teilte er auch mit, er habe bereits mit dem Warschauer Stadtpräsidenten besprochen, daß in Kürze ein Platz oder eine Straße in Warschau nach dem früheren Bundeskanzler Willy Brandt benannt werden solle. Schröder, so wurde berichtet, sei gerührt gewesen angesichts dieser Information.<<

17.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 17. September 1999: >>... Der gemeinsam von Volkswagen und Porsche geplante Geländewagen wird voraussichtlich im slowakischen Bratislava (Preßburg) und nicht in Hannover gebaut. ... Die Slowakei soll mit Steuervergünstigungen gelockt haben.<<

18.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. September 1999 über den beantragten EU-Beitritt Polens: >>**Verheugen: Polen schnell in die EU holen**

Polen soll nach den Worten des zuständigen EU-Kommissars Günter Verheugen möglichst schnell der Union beitreten. ...

Verheugen versteht unter EU-Erweiterung indessen nicht nur die Ausweitung nach Osten. "Auch der Süden und Südosten sind interessant", sagte er. Die Vollendung der Europäischen

Einheit sei die einzige Chance, dauerhaft Frieden und Stabilität auf dem gesamten Kontinent zu schaffen. Am Ende seiner Amtszeit 2005 möchte Verheugen bereits Polen, Tschechien, Slowenien und Estland in der EU begrüßen.<<

24.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 24. September 1999: >>Vom Land kein Geld für Ostkreuz

Die Landesregierung wird das sog. "Kreuz des Deutschen Ostens" bei Bad Harzburg im Landkreis Goslar nicht in Eigenregie wieder aufbauen. ... Es werde auch keinerlei Geld gestellt.

Gegen eine private Initiative zum Wiederaufbau habe das Land aber nichts einzuwenden. Voraussetzung sei eine Zustimmung der Naturschutzbehörden.

Das rund 20 Meter hohe alte Kreuz, das von Landsmannschaften und Vertriebenenverbänden aufgestellt worden war, war Anfang vergangenen Jahres von einem Sturm zerstört worden. Der Goslarer Kreistag hat den Wiederaufbau mehrheitlich beschlossen. Gegen die Pläne zum Wiederaufbau gibt es Widerstand von Umweltinitiativen.

Die Kosten für den Wiederaufbau werden auf rund 100.000 DM geschätzt. 50.000 DM hat eine Bürgerin aus Bad Harzburg bereits gespendet.<<

29.09.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 29. September 1999: >>Der Symbolwert war entscheidend

Spätaussiedlerlager Friedland bleibt erhalten / Bramsche wird "Reservelager"

Die finanziellen Gründe, das Lager Friedland zu erhalten und den Standort Bramsche zu schließen, hat Bundesinnenminister Otto Schily am Dienstag in Berlin zuerst genannt. Friedland kostet den Bund 21,4 Millionen Mark im Jahr, in Bramsche wären es 25,5 Millionen gewesen. ...

Es sei der Respekt gewesen vor einem historischen Ort, der hohen Symbolwert in der Nachkriegszeit gewonnen habe, sagte (Bundesinnenminister) Schily: "Wer der älteren Generation zuzurechnen ist, wie ich, der versteht das."

... Das ehemalige Grenzdurchgangslager im Süden Niedersachsens wird künftig mit seinen 1.300 Betten das einzige Aufnahmelager sein, alle anderen werden geschlossen. ...<<

16.10.1999

BRD: Die Wochenzeitung "Das Ostpreußenblatt" berichtet am 16. Oktober 1999 (x887/...): >>Schicksal Ostfront: Das Leiden betraf alle

Ein Mitglied der Widerstandsgruppe um General von Tresckow nimmt Stellung zu Reemtsmas Anti-Wehrmachtsausstellung von Philipp Freiherr von Boeselager

Es gibt keine Zweifel, es sind grauenhafte Verbrechen an Polen, Russen, Zigeunern, Juden und auch an Deutschen selbst begangen worden.

Aber schon die Überschrift der Ausstellung "Verbrechen der Wehrmacht" ist eine Täuschung, da gar nicht Verbrechen der Wehrmacht gezeigt werden - zur Wehrmacht gehörten auch die Luftwaffe und die Marine - sondern Verbrechen von SS, SD, Polizeieinheiten und von Angehörigen des Heeres. Die SS- und Polizeieinheiten, die die Judenmorde im großen Stil durchführten, gehörten nicht zur Wehrmacht. Die SS hat es immer entschieden abgelehnt, zur Wehrmacht gerechnet zu werden. Sie dünkte sich ja als etwas Besseres.

Es wird in der Ausstellung auch nicht erläutert, wie sich die Angehörigen von SS und Polizei und Osteinheiten in ihren Uniformen vom Heer unterschieden, und so glaubten viele der jüngeren Besucher, wie ich es in Frankfurt erlebt habe, bei den abgebildeten SS- oder Polizeiangehörigen, handle es sich um Heeresangehörige.

In der Ausstellung werden unendlich viele Fotos von einzelnen Soldaten gezeigt, von grauen-

haften Erschießungen und Erhängungen. Aber wenn die Ausstellung historischen, wissenschaftlichen Ansprüchen genügen wollte, müßten die gezeigten Bilder wenigstens Angaben über Ort und Zeit, den Täter und den Grund der Tat anführen; bei zwei Dritteln der Bilder fehlen diese Angaben.

So zeigte die Ausstellung eine Sammlung von Fotos, deren Herkunft und deren Zusammenhang mit den Ereignissen und Morden nicht immer klar ist.

Hatten die erhängten Partisanen beispielsweise Minen gelegt, oder was war der Anlaß, daß sie erhängt wurden?

Sicherlich, ich sagte es bereits, sicherlich sind auch von Heeresangehörigen Verbrechen begangen worden.

Hätte die Ausstellung die Überschrift "Der Krieg als Gefährdung der 'humanitas', so wäre sie eher zu begrüßen. Der Erzbischof von Canterbury sagte anläßlich des Gedenkgottesdienstes für die Opfer der englischen Luftangriffe auf Dresden: "Wir waren nach sechs Kriegsjahren alle enthemmt."

Aber das ist nicht das Ziel der Ausstellung. Ansonsten hätte man nicht nur den sogenannten Kommissarbefehl erwähnt, sondern auch den ganz ähnlichen Befehl Stalins vom 3. Juli 1941, der lautete: "Alle deutschen Offiziere, die Parteimitglieder waren, sind sofort zu erschießen." Stalin scheint nicht gewußt zu haben, daß dieser Befehl nur Reserve-Offiziere treffen konnte, da aktiven Offizieren die Mitgliedschaft in der Partei von Anfang an verboten war.

Es wird auch nicht der sogenannte "Fackelmännerbefehl" Stalins vom 3. August 1941 erwähnt, der zur völkerrechtswidrigen Partisanentätigkeit aufrief und die Russen in den von den Deutschen besetzten Gebieten dazu aufforderte, möglichst in deutschen Uniformen Dörfer anzustecken und Zivilisten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet hatten, aufzuhängen. Diese russischen Partisanen in deutschen Uniformen hießen wegen der Brände, die sie legten, "Fackelmänner".

Da die Russen ihre Erfolge dokumentierten, wie der ehemalige Chef der Partisanen dem Verfasser dieser Zeilen vor zwei Jahren bei einem Besuch in Smolensk berichtete, ist zu fragen, ob nicht auch Bilder in der Ausstellung - über ein Drittel von 314 Bildern stammen aus dem russischen Staatsarchiv - solche Fackelmänner-Tätigkeiten dokumentieren.

Wir wissen heute, wie russische Quellen einzuschätzen sind. So haben bei dem berühmten Leningrader Prozeß alle deutschen Offiziere gestanden, sie hätten die polnischen Offiziere in Katyn erschossen. Die Wahrheit ist heute bekannt. Aber die deutschen Offiziere wurden damals aufgrund ihrer erpreßten Aussagen alle hingerichtet. Ähnlich war es bei dem Minsker Prozeß.

Waren die Partisanen eine wirkliche Gefährdung der deutschen Soldaten?

Nach Aussage des Smolensker Partisanenchefs gab es 1943 zwischen Smolensk und der Front nach Osten etwa 40.000 Partisanen und von Smolensk aus nach Westen bis zum Reichsgebiet insgesamt etwa 300.000.

Dabei wollte der Chef unter Partisanen nur solche Zivilisten verstehen, die durch Funkgeräte von Moskau aus geführt werden konnten und bewaffnet waren. Diese Partisanen töteten im Bereich der Heeresgruppe Mitte etwa 30.000 Soldaten und 250.000 Landesbewohner, die sich mit den Deutschen verbündet hatten.

Die monatlichen Anschläge auf Eisenbahnen und sonstige Verkehrseinrichtungen beliefen sich auf etwa 500.

Die Deutschen hatten in diesem Raume fünf Sicherungsdivisionen, die aus 65.000 älteren, schlecht bewaffneten Soldaten bestanden.

Die Divisionen erlitten erhebliche Verluste, da sie bei ihren Streifzügen von den Partisanen meuchlings ermordet wurden.

Wenn man das Buch des russischen Historikers A. E. Epifano liest, wird man in der von mir

geäußerten Vermutung bestärkt, da er schildert, wie eine den Deutschen in der Gefangenschaft angelastete Verbrennung eines Dorfes in Wirklichkeit vom russischen NKWD, dem Staatssicherheitsdienst, vorgenommen wurde.

Die Reemtsma-Ausstellung arbeitet mit Unterstellungen, sie verschweigt, daß die Masse der Soldaten an der Front fast gar nicht mit Partisanen oder Juden in Berührung kam.

Neben dem Vorwurf, das Heer habe den Partisanenkrieg benutzt, um die Zivilbevölkerung auszurotten, lautet der zweite Anwurf gegen die Wehrmacht, das Heer habe die russischen Gefangenen absichtlich schlecht behandelt und verhungern lassen.

Das Schicksal der russischen Gefangenen war schrecklich. Aber wenn wir jetzt die schauerlichen Bilder vom Kosovo oder aus Mazedonien und Albanien mit den jeweils 50.000 bis 60.000 Flüchtlingen, die in ein friedliches, hinreichend von der Nato versorgtes Land fliehen und das mit den 400.000 russischen Gefangenen vergleichen, die beispielsweise im Herbst 1941 schon halb verhungert in ein Gebiet kamen, das - wie ganz Rußland - eine schlechte Infrastruktur hatte und ein ausgesprochen armes Land war, wenn man das vergleicht, dann erst bekommt man einen Blick für die damalige Situation der Gefangenen und der deutschen Soldaten.

Ich sehe sie noch in riesigen Mengen während unseres Vormarsches uns entgegenkommen. So brachte der Spähtrupp Nagel einmal über 2.000 Gefangene zurück. Wir hatten auf unseren Pferden nur unsere Tagesration für 160 Soldaten bei uns und schickten die Gefangenen einfach weiter nach hinten. Verpflegen konnten wir sie nicht, und ähnlich wird auch die Lage bei der Division hinter uns gewesen sein.

Ihre Unterbringung litt an mangelndem Wachpersonal und an mangelnder Unterkunft, da auf Geheiß Stalins vom 3. Juli 1941 - Zitat - "alles zu vernichten (war), was dem Feind als Unterkunft oder zur Versorgung mit Nahrungsmitteln dienen könnte".

So zogen die Gefangenen meist, fast ohne Bewachung, nach hinten und wurden dort in irgendeinem primitiven Lager untergebracht. Ihr Schicksal war schrecklich. Von den 5,245 Millionen russischen Kriegsgefangenen starben allein im ersten Winter fast zwei Millionen an Hunger und Seuchen.

Ihre Versorgung war sicherlich schlecht, da die Versorgung der deutschen Truppe im besonders kalten Winter 1941/42 im Bereich der Heeresgruppe Mitte, die in der Ausstellung miserabel behandelt wird, fast zusammengebrochen ist.

Anstatt der für den Nachschub benötigten über 70 täglichen Versorgungszüge fuhren nur 23, da die Lokomotiven größtenteils einfroren und die Loks für die Strecken, die noch die breitere, russische Spur hatten, fehlten. Wegen der großen Kälte hatten die Schienenwege nicht rechtzeitig auf die normale, europäische Spur umgenagelt werden können. So fehlte der Truppe der dringend benötigte Brennstoff, die Munition und Verpflegung.

Ich habe das selbst am eigenen Leibe erfahren. Ich wurde vor Moskau durch einen Bauchschuß schwer verwundet und wurde erst nach fast 14 Tagen ärztlich versorgt. Die ersten drei Tage war ich bei minus 30° Celsius auf einem Panjeschlitten - wegen der Kälte waren die Sanitätsautos nicht mehr angesprungen und hatten auch keinen Sprit mehr - mit einem russischen Gefangenen als Kutscher mutterseelenallein zu einem Verwundetensammelpunkt nach Westen gefahren.

Als wir nach drei Tagen an diesem Verwundetensammelpunkt ankamen, sagte mir ein Arzt: "Fahren Sie um Gottes Willen weiter, hier in den drei Buden liegen über hundert Verwundete und die übrigen 800 liegen alle auf dem Schnee und werden erfrieren. Wir haben nichts, um sie zu schützen, und der Abtransport klappt überhaupt nicht."

So fuhr ich weiter bis zur nächsten Bahnstation. Dort wurden wir zu 42 Schwerverwundeten in einen normalen Güterwagen verladen und zuerst nach Orel gefahren. Dort auf dem Bahnhof blieben wir drei Tage stehen, da keine Lokomotive kam. Während dieser Tage bestand unsere

Versorgung darin, daß ein russischer Hilfwilliger, also ehemaliger Soldat, uns gefrorenes Brot und Konservenbüchsen in den Waggon warf, mit denen wir als Schwerverwundete nichts anfangen konnten.

Dann, nach diesen drei Tagen, ging es nach Westen. Beim Ausladen lebten von den 42 Schwerverwundeten noch zwei, die anderen waren erfroren. Das war die Lage im Winter 1941/42, und, wenn die deutschen Soldaten so schlecht versorgt wurden, dann wird man verstehen, daß die russischen Kriegsgefangenen ebenso unversorgt blieben. Das war keine Absicht, wie dies die Reemtsma-Heer-Schau unterstellt.

Aber wie war vergleichsweise die Lage der deutschen Kriegsgefangenen in Rußland? Von den 3.155.000 Kriegsgefangenen starben etwa 1.200.000, also etwa 40 Prozent, und von den 96.000 in Stalingrad Gefangenen kehrten sogar nur 6.000 in die Heimat zurück. Diese Zahlen führe ich an, nicht um aufzurechnen, sondern nur, um zu zeigen, wie schwierig die Versorgung plötzlich in Gefangenschaft geratener Soldaten ist.

Aber es geht bei der Reemtsma-Ausstellung über das Heer nicht um die historische Wahrheit, sondern um die Diffamierung von 18 bis 20 Millionen Soldaten der Wehrmacht als Verbrecher.

Ist erst einmal die Wehrmacht eine verbrecherische Organisation gewesen, wie dies die Ausstellung suggeriert, dann auch die Bundeswehr, da sie von Angehörigen der ehemaligen Wehrmacht aufgebaut worden ist. Und, da die Bundeswehr eine Stütze unseres freiheitlichen Staates ist, so wäre auch die Bundesrepublik Deutschland als solche in Frage gestellt.

In diese Richtung zielte auch das Verfassungsgerichtsurteil "Soldaten sind Mörder".

Die Urheber der Ausstellung haben diese klugerweise erst fast 50 Jahre nach dem Krieg eröffnet. Ansonsten hätten die Spitzen der damaligen SPD, Schumacher und Erler, aber auch der damalige Leiter der Bundeszentrale für die Verfolgung von Naziverbrechen, Generalbundesanwalt Nellmann, dafür gesorgt, daß die Ausstellung in den "Blauen Tonnen" für Altpapier verschwindet, und sie tingelte dann nicht mehr durch die Lande.

Letztlich gilt immer noch ein altes Wort, das de Gaulle neu geprägt hat: "Den Charakter eines Volkes erkennt man daran, wie es nach einem verlorenen Krieg mit seinen Soldaten umgeht." <<

18.10.1999

BRD: Die "Hannoversche Allgemeine Zeitung" berichtet am 18. Oktober 1999 über die 50. Preisverleihung des Deutschen Buchhandels in Frankfurt: >>"NS-Geschichte lastet auf uns allen"

... Der Friedenspreisträger und US-Historiker Fritz Stern hat die Deutschen aufgefordert, sich weiter ihrer Vergangenheit zu stellen. ...

In seiner Dankesrede sagte der Sohn jüdischer Eltern vor großer Zuschauerprominenz, darunter Bundespräsident Johannes Rau: "Der Nationalsozialismus lastet auf uns allen."

Stern betonte aber zugleich, daß die Bereitschaft, sich mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, in Europa immer größer werde. Deutschland sei ein Land, "in dem so viele Bürger sich der Vergangenheit bewußt sind und sich um Versöhnung bemühen." ...<<